

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Der Polizeispitzel, Zeichnung von Honoré Daumier, 1835

- *Linke und VVN-BdA begrüßen Verbotsantrag gegen die NPD – S. 4*
- *Abschaffung der Geheimdienste – S. 6*
- *Tag der Menschenrechte in Mannheim – S. 12*
- *Stimmen zur geplanten Schließung von Opel Bochum – S. 15*
- *Thesen zur Kommunikationsstrategie der Linken – S. 18*

Ausgabe Nr. 1 am 10. Januar 2013, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart. stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart



MAN-Patriot-Fahrzeug der Bundeswehr bei einer Übung in Fort Bliss (USA): Bildquelle: Mark Hoolway, Wikimedia.org.

eMobile Patriot

Am 12. Dezember debattierte der Bundestag über die Entsendung von Patriot-Einheiten der Bundeswehr in die Türkei. Die Redner von Union, FDP, SPD und Grünen warben für Zustimmung, nur die Linksfraktion lehnte den Antrag ab. Am 14. Dezember entschied der Bundestag in namentlicher Abstimmung, 461 Abgeordnete votierten dafür, 86 dagegen, acht enthielten sich der Stimme. In diesen ersten Januarwochen werden die Einheiten nun in Marsch gesetzt.

Die syrische Armee hat laut Internetquellen wohl an die tausend Kurzstreckenraketen, die als Trägersysteme einige hundert Kilometer weit reichen und mit reichlich vorhandenen chemischen Kampfmitteln bestückt werden können.

Unbestritten ist, dass die Patriot-Systeme nicht das gesamte in Reichweite dieser sogenannten Kurzstreckenraketen fallende Staatsgebiet der Türkischen Republik schützen können. Wozu sind sie dann da?

ABC-Waffen, so wurde zu Zeiten des kalten Krieges die Truppe bis hinunter zum Schützen ohne Dienstgrad belehrt, eignen sich vor allem zum Angriff auf Ballungen, z.B. von Bevölkerung oder von Industrie- oder Verkehrsanlagen.

Die Stationierung der Patriot-Batterien vorn an der Grenze zu Syrien deutet darauf hin, dass ausgewählte grenznahe Räume gesichert werden sollen. Die Ballungszentren der Türkei befinden sich in dieser Gegend nicht.

Die lückenhaften und tendenziösen Nachrichten über den grausamen syrischen Bürgerkrieg decken sich in einem Punkt: Die Aufständischen können die syrische Armee nicht schlagen. Dazu

bedürfte es einer militärisch geübten und mit schweren Waffen ausgerüsteten Armee. Die syrische Armee kann den Aufstand nicht unterdrücken, dazu müsste sie von der Bevölkerung als legitime Ordnungsmacht akzeptiert werden.

Die Türkische Republik hat eine geübte und modern ausgerüstete Armee. Wollte sie in den syrischen Bürgerkrieg eingreifen, müsste sie sich dazu im grenznahen Räumen sammeln. In Bereitstellungsräumen, in denen sich Kampfverbände formieren, ballen sich militärische Objekte. Sie sind ein lohnendes Ziel für den Raketenangriff. Gerade weil sie auf eine – relativ – kleine Fläche konzentriert sind, können sie z.B. durch die Patriot-Systeme geschützt werden.

Sobald die Patriot-Raketen aufgestellt sind, kann die türkische Armee Truppenverbände in Richtung Syrien gruppieren. Bekanntlich sind die Patriot-Systeme mobil. Die MAN-LKWs aus Bayern sind so ausgelegt, dass sie z.B. Panzertruppen auch durchs Gelände folgen können. Die Patriots könnten im Falle eines türkischen Vorstoßes mitgezogen werden.

Von einer rein defensiven Bestimmung dieser Truppenentsendung kann jedenfalls nicht gesprochen werden.

Arbeitsmarkt schwächelt weiter

Agentur für Arbeit, 3.1. rül. Anfang Januar legte die Agentur für Arbeit ihre neuesten Arbeitsmarktzahlen für Ende Dezember 2012 vor. Sie dokumentieren eine weitere Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Insgesamt stieg die Zahl der Arbeitslosen im Dezember auf 2,84 Millionen. Das ist ein Anstieg um 88 000 gegenüber dem

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

Vormonat (November) und um 60 000 gegenüber Dezember 2011. Saisonal sei ein solcher Anstieg üblich wegen des Winterwetters, das z.B. auf dem Bau und im baunahen Handwerk zu weniger Beschäftigung führe. Aber 2012 sei dieser saisonale Anstieg höher als im Vorjahr gewesen. Auch andere Daten weisen auf eine Eintrübung der Arbeitsmarktlage hin. So stieg die Zahl der Bezieher/innen von Arbeitslosengeld 1 im Dezember auf 924 000 Menschen, das waren 111 000 mehr als im Dezember 2011. Da Arbeitslosengeld 1 erst nach zwölf Monaten ununterbrochener Beschäftigung gezahlt wird, wird dieser Personenkreis bei der Agentur als in der Regel „schnell vermittelbar“ eingestuft. Das klappt immer weniger. Seit sieben Monaten,

so die Agentur, liegt die Zahl der ALG-1-Bezieher/innen höher als im jeweiligen Vorjahresmonat. Auch die Zahl der offenen Stellen, die Unternehmen der Agentur melden, um Arbeitskräfte zu erhalten, sinkt seit Sommer 2012 kontinuierlich. Noch etwas unter dem Vorjahreswert lag im Dezember die Zahl der Bezieher/innen von ALG 2, die sog. „Langzeitarbeitslosen“. Mit 4,362 Millionen wurde hier der Vorjahreswert um 65 000 unterschritten. Allerdings: Nur 1,92 Millionen davon waren von der Agentur als „arbeitslos“ eingestuft. Ein wachsender Teil bezieht ALG 2 zusätzlich zu einem niedrigen Arbeitslohn.

Beispiel Berlin: Im Dezember 2012 hatte Berlin laut Agentur erstmals seit langem nicht mehr die „rote Laterne“ in

der Arbeitslosenstatistik. „Nur“ noch 11,6% der Erwerbsbevölkerung war Ende 2012 in der Hauptstadt als „arbeitslos“ gemeldet, gegenüber 12,0% in Mecklenburg-Vorpommern. Die Berliner Landesregierung verweist gleich noch stolz darauf, dass die Beschäftigtenzahl in Berlin 2012 prozentual um 3% gestiegen ist, bundesweit nur um 1,4 Prozent. Hauptgrund für diese Entwicklung ist der boomende Tourismus in Berlin. Nach vorläufigen Zahlen hatte die Stadt 2012 fast 25 Millionen Übernachtungen, das ist ein Anstieg um fast 20 Prozent. Die damit verbundenen Jobs in Hotels und Gaststätten sind aber wie überall im Bundesgebiet in der Regel so schlecht bezahlt, dass viele Beschäftigte zusätzlich ALG 2 beziehen, um finanziell einigermaßen über die Runden zu kommen. So steigt zwar die Beschäftigtenzahl in Berlin, aber die Zahl der Bezieher/innen von ALG 2 sinkt keineswegs in gleichem Ausmaß, sondern sehr viel langsamer.

Regionale Differenzen

alk. László Andor, der EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration, hat den Sozialbericht für das Jahr 2012 vorgestellt (im Original derzeit nur in englischer Sprache erhältlich). Die Presse hat ausführlich berichtet: die Kluft zwischen den nord-europäischen Ländern einerseits und den süd- und osteuropäischen Ländern hat zugenommen, vor allem bei den Arbeitslosenzahlen und entsprechend dann auch bei den Einkommen.

Die politischen Reaktionen waren zu erwarten: während konservative und liberale darauf verwiesen, dass die eingeleiteten harten Maßnahmen gegen die Staatsverschuldung Zeit bräuchten, bis sie wieder zu mehr Wirtschaftswachstum und damit Beschäftigung führen, verlangten sozialdemokratische und linke Politiker eine weitere (zeitweise) Verschuldung, um ebendieses Wachstum staatlich induziert anzukurbeln und soziale Verwerfungen abzumildern. Also nichts Neues?

Nicht ganz. Die EU-Kommission insgesamt, nicht nur der fürs Soziale zuständige Kommissar, sieht die Gefahr eines Auseinanderdriftens und will gegensteuern. Es sollen vor allem gegen die enorm hohe Jugendarbeitslosigkeit in Spanien und Griechenland Programme auf den Weg gebracht werden und dazu auch Mittel aus dem EU-Haushalt verwendet werden. Sicher wird es im Einzelnen noch Streit geben, ob „Hartz IV“ als für Arbeitsmarktreformen zum Vorbild genommen wird und damit sozialer Druck und Niedriglohnzonen zum wesentlichen Bestandteil werden oder ob mit Mindestlöhnen und ähnlichem sozial abgefedert wird. Eine Entwicklung, die es wert ist, beobachtet zu werden.

Kein Frieden mit der NATO

Aktiv werden gegen die Münchner „Sicherheitskonferenz“



DEMO
02.02.

München 2013
13 Uhr Stachus
Schlusskundgebung
ca. 15⁰⁰ Marienplatz

www.sicherheitskonferenz.de



AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ

Samstag, 2. Februar 2013 in München –

• 13 Uhr Auftakt Stachus (Karlsplatz) • Demonstrationzug durch die Innenstadt zum Marienplatz • ca. 15 Uhr Kundgebung mit – Norman Paech, Völkerrechtler, – Claudia Haydt, Informationsstelle Militarisierung (IMI) – Brigitte Kiechle, Kampagne TATORT Kurdistan, Kabarett: Ludo Vici.

Linke und VVN-BdA begrüßen Verbotsantrag gegen die NPD

Am 14. Dezember beschloss der Bundesrat bei Enthaltung des Landes Hessen, erneut einen Verbotsantrag gegen die NPD einzuleiten. Nach Meinung der Bundesländer ist die NPD eindeutig verfassungsfeindlich und verfolge ihre Ziele in „kämpferischer, aggressiver Weise“ – was seit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in den 1950er Jahren gegen eine NSDAP-Nachfolgepartei und gegen die Kommunistische Partei die Voraussetzung für ein Parteiverbot ist. In der öffentlichen Diskussion gab es seit der Entscheidung des Bundesrats verschiedene Stimmen: Der Bundestagspräsident Lammert ist gegen ein Verbotsverfahren, weil er am Erfolg zweifelt. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), die seit längerem die Kampagne für ein NPD-Verbot betreibt (No-NPD), und aus der Linken kommen Zustimmung. Der Fraktionsvorsitzende Gysi hat gegenüber der Presse geäußert, eigentlich sei er gegen Parteiverbote. „Aber bei der NPD sage ich Ja, weil wir nach innen und außen eine Hemmschwelle damit setzen.“ Wir dokumentieren im folgenden Stellungnahmen der Linken Bundespartei und verschiedener Landtagsfraktionen sowie der VVN-BdA.

Die Linke, Bundesgeschäftsführer: NPD-Verbot allein reicht nicht – Nazis raus aus den Köpfen

Zur Debatte um einen NPD-Verbotsantrag und dessen Erfolgsaussichten erklärt der Bundesgeschäftsführer der Linken, Matthias Höhn:

Dass ein neues NPD-Verbotsverfahren nun offensichtlich in Gang kommt, ist gut und längst überfällig. Es ist ein deutliches Stopp-Zeichen für die Feinde der Demokratie, für gewalttätige, offen rassistische Organisationen.

Es gilt jedoch zu bedenken, dass man den braunen Dreck in den Köpfen nicht automatisch mit verbietet. Parallel gibt es daher noch weit mehr zu tun, da sind sich Politiker, Juristen und Experten einig. Allein, es fehlt an Taten.

Zwingend nötig ist die Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Widerstandes, eine Kriminalisierung von Antifaschistinnen und Antifaschisten ist nicht hinnehmbar. Die Finanzierung von Projekten gegen rechts muss mindestens gesichert, wenn nicht aufgestockt werden. Schulische Bildung gehört qualitativ den Erfordernissen angepasst.

Zum außergerichtlichen Kampf gegen den Rechtsextremismus gehört auch ein Wandel im gesellschaftlichen Klima. Solange, beispielsweise mit der deutschen Asylgesetzgebung, suggeriert wird, dass „fremd“ gleich feindlich ist, findet Hass auf Andersdenkende, anders Aussehende, anders Lebende immer wieder einen Nährboden.

Und: All jene, die jetzt ein NPD-Verbot fordern, können ihr Engagement gegen Faschismus und Rassismus auch ganz einfach konkret unter Be-

weis stellen, mit sichtbarem Protest bei jeder Nazi-Demo an jedem Ort.

Die Linke Sachsen-Anhalt: NPD-Verbot – ein kleines Mosaiksteinchen im Kampf für Demokratie

Der Beschluss der Innenminister der Länder, vor dem Bundesverfassungsgericht ein neuerliches NPD-Verbotsverfahren anzustreben, ist eine notwendige Konsequenz aus der menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Ideologie der NPD und ihres gesellschaftlichen Wirkens.

Mit Hilfe eines solchen Parteienverbots kann eine nachvollziehbare Stigmatisierung von antidemokratischen und inhumanen Politikvorstellungen einhergehen. Darüber hinaus

kann die Abschaffung der Parteienprivilegien für die NPD die staatliche Finanzierung für diese Partei unterbinden.

Trotzdem darf nicht übersehen werden, dass dieses Verbotsverfahren bisher durch drei wesentliche Punkte schwer belastet ist:

1. Die Hauptbelastungszeugen in diesem Verfahren sind in ihrer Glaubwürdigkeit völlig erschüttert. Die Verfassungsschutzämter, die das Belastungsmaterial zusammengetragen haben, waren durch den Einsatz von V-Leuten in der NPD nicht nur beim ersten gescheiterten Versuch für diesen Ausgang verantwortlich. Wie die Enthüllungen bei der Untersuchung zum NSU deutlich machten, haben sie daraus nichts gelernt und agierten vielmehr als personeller und finanzieller Aufbauhelfer der NPD. Die Verquickung zwischen dem Verfassungsschutz und neonazistischen Akteuren außerhalb

und innerhalb der NPD ist offensichtlich so intensiv gewesen, dass man von gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnissen ausgehen muss.

2. Ein NPD-Verbot stellt keinerlei substantiellen Erfolg bei der Bekämpfung von antidemokratischen und neonazistischen Einstellungen dar.

Trotzdem besteht die Gefahr, dass ein Verbotsverfahren gegen die NPD als wesentlicher Beitrag in der Auseinandersetzung verkauft und möglicherweise sogar die inhaltliche Auseinandersetzung mit und Abgrenzung zu beispielsweise ausländerfeindlichen Einstellungen verringert wird.

3. Die bisherige Zurückhaltung von Bundesregierung und Bundestag verdeutlicht sowohl die Zweifel bezüglich der Erfolgsaussichten eines solchen Verfahrens als auch Unterschiede bei der Zweckbestimmung des juristischen Vorgehens gegen die NPD. Selbst der Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt spricht, bevor der Antrag überhaupt gestellt wird, in der Öffentlichkeit davon, dass ein Scheitern von vorneherein kalkuliert werden müsste und letztlich auch positiver Ausdruck unserer Demokratie wäre.

Letztlich gibt es inzwischen eine Situation, in der die Nichteinreichung eines Antrages einem vorgezogenen Freispruch der NPD gleichkommt, und dies, obwohl die Voraussetzungen für einen Erfolg nicht eindeutig geklärt sind. In diese Situation hat sich die Innenministerkonferenz jedoch letztlich selbst gebracht und damit auch die Risiken zu verantworten, die jetzt formuliert wurden. Falls das Verbotsverfahren scheitern würde, wäre dies zweifellos eine unverantwortliche Stärkung der NPD und neonazistischer Strukturen.

Die Linke in Sachsen-Anhalt wird unabhängig von diesem Verfahren die Auseinandersetzung mit antidemokratischen Positionen und neonazistischen Strukturen weiterhin als ihren Schwerpunkt begreifen.

Magdeburg, 6. Dezember 2012, Wulf Gallert, Fraktionsvorsitzender



Die Linke Sachsen: NPD-Verbot wäre wichtiges Signal, nachhaltige Wirkung aber fraglich – Scheitern des Verfahrens wäre Werbung für Rechte

Zur Beratung der Innenministerkonferenz und zum geplanten NPD-Verbotsverfahren erklärt der innenpolitische Sprecher der Fraktion Die Linke André Hahn:

Auf Grund ihrer Programmatik, ihres öffentlichen und auch parlamentarischen Agierens, das wir seit 2004 leider auch im Sächsischen Landtag erleben mussten, besteht kein Zweifel: Die NPD ist eine verfassungsfeindliche Partei. Daher wäre ein Parteiverbot durch das Bundesverfassungsgericht nicht nur gerechtfertigt, sondern auch ein wichtiges Signal, dass neofaschistische Aktivitäten gerade auch in Deutschland nicht folgenlos bleiben. Durch ein NPD-Verbot würde eine zentrale Organisationsstruktur der extremen Rechten aufgelöst und – fast noch wichtiger – der Zugang zu staatlichen Finanzquellen abgeschnitten, denn es ist in der Tat wirklich unerträglich, dass die Verbreitung von neofaschistischen, ausländerfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Positionen seit Jahren über die Parteienfinanzierung, die Wahlkampfkostenerstattung und nicht zuletzt die Fraktionsgelder maßgeblich durch Steuermittel finanziert wird. Damit wäre im Falle eines Verbots Schluss.

Klar ist aber auch: Ein Parteiverbot löst nicht alle Probleme und wäre wohl auch kaum nachhaltig. Das rechte Gedankengut in den Köpfen bliebe ebenso vorhanden wie die Möglichkeit, neue Parteien zu gründen, die im Sinne der NPD weiterarbeiten.

Angesichts dessen ist es ein absurdes Zeichen, dass CDU und FDP in Sachsen gerade die Mittel für etablierte und vor allem erfolgreiche zivilgesellschaftliche und antifaschistische Initiativen und Projekte kürzen wollen, wie es für den kommenden Doppelhaushalt vorgesehen ist.

Zudem bleiben auch im jetzt angestrebten Verbotsverfahren zahlreiche Unwägbarkeiten. Es wäre in jedem Fall besser, wenn Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung in dieser Frage an einem Strang ziehen würden. Die unklare Position des Bundesinnenministers ist hier alles andere als hilfreich. Womöglich traut er ja der eigenen Materialsammlung nicht und ist eben nicht sicher, ob darin nicht doch erneut Aussagen von V-Leuten auftauchen, die 2003 zum Scheitern des ersten Verbotsverfahrens geführt haben. Jetzt rächt es sich, dass man danach nicht sofort alle V-Leute in NPD-Gremien „abgeschaltet“ hat.

Die Materialsammlung zur NPD muss jetzt schnellstmöglich auch den Parlamenten zugänglich gemacht werden, damit sich Bund und Länder eine

fundierte Meinung darüber bilden können, ob ein neuerlicher Verbotsantrag wirklich aussichtsreich ist.

Ein neuerliches Scheitern des Verfahrens wäre Wasser auf die Mühlen der extremen Rechten und letztlich eine willkommene Werbung für die NPD. Alle Beteiligten sind in der Verantwortung, dass es dazu nicht kommt.

Die Linke Hessen: Landesregierung stimmt NPD-Verbotsverfahren nicht zu

„Die Enthaltung der hessischen Landesregierung bei der Abstimmung über den Verbotsantrag gegen die NPD heute im Bundesrat wirft Fragen auf“, erklärt Achim Kessler, stellvertretender Landesvorsitzender der Partei Die Linke Hessen.

„Mehrfach ist die hessische CDU mit rassistischen Wahlkampagnen im ultrarechten Lager auf Stimmenfang gegangen. Regelmäßig fällt Hans-Jürgen Irmer, immerhin stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im hessischen Landtag, durch rassistische Äußerungen auf. Der ehemalige hessische CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann wurde nach seinen antisemitischen Ausfällen erst auf Druck der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel aus der CDU ausgeschlossen. Eine Untersuchung kam zu dem Ergebnis, dass 22 von 97 überprüften Landtagsabgeordneten der CDU Mitglieder der NSDAP waren.

Erschreckend ist, dass der Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder in der hessischen CDU-Landtagsfraktion von 7,1 Prozent in der ersten Wahlperiode, 1946 bis 1950, bis zur fünften Wahlperiode, 1962 bis 1966, kontinuierlich bis auf 35,7 Prozent angestiegen ist.

Dieses braune Erbe hat die hessische CDU bis heute nicht aufgearbeitet. Die Folge ist eine fehlende Abgrenzung nach rechts. Bis in jüngste Zeit wurden in den Reihen der CDU immer wieder Neonazis enttarnt, wie zum Beispiel Daniel Budzynski, Schriftführer des CDU-Stadtbezirksverbandes Kassel-Nord, der zugleich Mitglied des rechts-extremen und vom Verfassungsschutz beobachteten ‚Freien Widerstands Kassel‘ war. Ganz offensichtlich führt die fehlende Abgrenzung nach rechts dazu, dass an der CDU-Basis selbst offen auftretende Neonazis nicht weiter auffallen.

Mit einer Zustimmung zu dem Verbotsantrag hätte die hessische CDU auch in die eigene Partei ein klares Signal gegen die rechten Ewiggestrigen setzen können. Ich stimme Holger Bellino, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion ausdrücklich zu, wenn er sagt: ‚Parteien, die nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen, gehören nicht in die Landtage. Dies gilt insbesondere für die NPD.

In dieser Partei finden sich ausländerfeindliche, nationalistische und rassistische Elemente und Subjekte.‘ Bellinos Kriterien treffen auch auf seinen eigenen CDU-Landesverband zu. Mit ihrer Enthaltung hat die CDU diesen Zustand weiter verfestigt.“

Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes – Bund der Antifaschisten: Innenminister unter Aufsicht!

Seit 48 Jahren kann die NPD als neofaschistische Partei offen in der Bundesrepublik agieren. Von Anfang an haben Antifaschistinnen und Antifaschisten unzählige Stunden mit dem verbringen müssen, was der Staat und seine Institutionen nicht getan haben: die Verbreitung von Rassismus, Antisemitismus, Kriegs- und NS-Verherrlichung durch die NPD aktiv zu verhindern.

Dafür wurden sie verlacht, diffamiert und kriminalisiert, während die NPD sich bis heute wesentlich durch Steuergelder finanzieren kann.

Nachdem die Innenministerien 2001 bis 2003 mit ihren V-Männern und VS-Behörden das NPD-Verbot faktisch verhindert haben, soll es nun endlich soweit sein: ein V-Mann-freies NPD-Verbotsverfahren soll eingeleitet werden.

Die VVN-BdA begrüßt diesen Beschluss und sieht sich in ihrem jahrzehntelangen Streben nach der Illegalisierung faschistischer Organisationen bestätigt. Doch wir weisen darauf hin: Vor allem der Bundesinnenminister zieht ohne eigenen Antrieb vor das Bundesverfassungsgericht. Er verhält sich, als hätte er nie etwa von den Verbrechen des NS-Regimes gehört oder als ob diese ihn nicht interessierten. Für ihn stehen weiterhin die Apparatinteressen seiner Sicherheitsbehörden im Vordergrund. Im Prozess zu erwarten sind Ausreden, Rückzieher und Steilvorlagen für die NPD.

Deshalb fordern wir:

- Das V-Mann-System, das faschistische Strukturen gefördert statt verhindert hat, muss grundsätzlich und unwiderruflich beendet werden.
- Der Druck auf die Innenminister muss aufrecht erhalten bleiben. Nur die aktive und kritische Teilnahme der Öffentlichkeit wird sie dazu bringen, den Prozess zielführend zu betreiben.
- Die Innenministerien können beweisen, dass sie es ernst meinen: Bereits heute können zahllose Kameradschaften und andere Neonazi-Gruppen verboten und ohne Gerichtsverfahren aufgelöst werden.

Wir werden unsere seit 2007 geführte Kampagne „nonpd – NPD-Verbot jetzt!“ bis zum Verbot und der Auflösung der NPD fortsetzen.

Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Abschaffung der Geheimdienste

Die Linke hat die Abschaffung des Geheimdienste, also auch des Verfassungsschutzes, in ihr Programm geschrieben. Wie brandaktuell und praktisch relevant diese Forderung binnen Kurzem werden würde, hat damals niemand geahnt. Inzwischen wird nicht nur bei der Linken, sondern auch, wie der Chef des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) voreiniger Zeit beklagte, „bei meinungsbildenden Journalisten angesehener Medien ... der Bestand des Verfassungsschutzes als solcher infrage gestellt“. (1) Als Konsequenz aus der mehr als zweifelhaften Rolle, die der Verfassungsschutz bei der Nichtaufklärung der NSU-Mordserie spielte, und aus den immer neuen Vertuschungsskandalen des letzten Jahres haben die Fraktionen der Linken im Thüringer und im Hessischen Landtag Gesetzentwürfe zur Auflösung des Verfassungsschutzes vorgelegt: Anstelle des LfV soll eine Landesbehörde mit Namen „Informations- und Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie“ ohne nachrichtendienstliche Befugnisse entstehen. Die Hamburger Linksfraktion hat in der Haushaltsdebatte im Dezember beantragt, sofort die Mittel für die nachrichtendienstliche Tätigkeit des LfV zu streichen und den Senat zu beauftragen, ein Gesetz zur Auflösung des LfV vorzulegen. (2)

Trennungsgebot von Polizei und Geheimdienst

An dieser Stelle will ich nicht die allgemeine Kritik an der Rolle des Verfassungsschutzes und auch nicht die sehr konkrete Kritik an seinem Versagen im Zusammenhang der NSU-Mordserie, an seiner Ignoranz und Verharmlosung des Neonazismus bis hin zu seiner Verstrickung in die Szene nachzeichnen. Dazu wurde viel gesagt und geschrieben. (3) Stattdessen will ich mich mit einem Argument auseinandersetzen, das der ehemalige Bundestagsabgeordnete der Linken Wolfgang Neskovic für die Reform – statt Auflösung – des Verfassungsschutzes vorbringt: Die Abschaffung des Verfassungsschutzes, so Neskovic, unterläuft das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdienst und „sorgt für Polizisten, die mit voller exekutiver Macht die Überwachungen der politischen Gesinnung betreiben können“. (4)

Dieses Argument hat auch in der Diskussion unserer Bürgerschaftsfraktion eine Rolle gespielt und erledigt sich nicht von selbst. Das Trennungsgebot, von den Alliierten 1948 verfügt, zieht die Konsequenz aus den

Erfahrungen mit Gestapo und Reichssicherheitshauptamt. Es lässt sich auf die einfache Formel bringen: Wer fast alles weiß, soll nicht alles dürfen; wer fast alles darf, soll nicht alles wissen. Getrennt werden demnach die nachrichtendienstlichen Mittel der Überwachung, wie Observationen, Überwachung der Kommunikationen, Einsatz von V-Leuten etc., auf der einen, die polizeilichen Eingriffsbefugnisse, Zwangsmaßnahmen wie Anhalterrechte, Festnahmen, Durchsuchungen, Beschlagnahmen etc., auf der anderen Seite. Dem Geheimdienst stehen die polizeilichen Befugnisse, der Polizei grundsätzlich die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel nicht zu. So jedenfalls die Theorie.



Honoré Daumier, Der Polizeispitzel (1835)

Entsprechend nehmen Polizei und Verfassungsschutz traditionell unterschiedliche Aufgaben wahr. Die Polizei handelt zur Abwehr konkreter Gefahren und zur Verfolgung von Straftaten. Dagegen ist der Verfassungsschutz nicht daran gebunden, dass ein konkreter Tatverdacht vorliegt. Im Hamburger Verfassungsschutzbericht heißt es verharmlosend: „Die Verfassungsschutzbehörden sammeln und speichern sach- und personenbezogene Daten über extremistische Bestrebungen sowie sicherheitsgefährdende und geheimdienstliche Tätigkeiten.“ (5) Weniger verklausuliert bedeutet das, dass der Verfassungsschutz der Gesinnung von Personen nachspürt.

Um einmal das Ausmaß dieser Schnüffelei anzudeuten: Zum 31.12.11 waren Daten von 50.676 Personen allein aus Hamburg beim Nachrichtendienstlichen Informationssystem Nadis, dem Datenverbundsystem der Verfassungsschutzämter, gespeichert. Sie wurden nicht wegen eines konkreten Verdachts Objekte staatlicher

Überwachung, sondern im Wesentlichen aufgrund ihrer Gesinnung („extremistische Bestrebungen“). Die Überwachung hat auch nach Ende der Berufsverbote oft schwerwiegende Folgen für die Betroffenen, z.B. auf Einstellungen (bei Sicherheitsüberprüfungen), Einbürgerungsverfahren, Abschiebungen, auf die Förderung von Vereinen mit öffentlichen Geldern. Die Möglichkeiten zur Gegenwehr sind gering, erstens weil die Betroffenen von der Überwachung und Speicherung ihrer Daten nicht informiert werden, und zweitens weil es gerade ja nicht um handfeste Tatvorwürfe, sondern eben um Gesinnungen geht.

Das Problem nun ist: Geheimdienstliche Mittel gehören seit den 1970er Jahren in ständig wachsendem Umfang zum Instrumentarium der Polizei. Von V-Leuten und Verdeckten Ermittlern über Observation, Lausch- und Spähangriffe, Funkzellenabfrage usw. bis hin zu Telekommunikationsüberwachung an informationstechnischen Systemen – fast nichts, was es an inlandsgeheimdienstlichen Mitteln gibt, ist der Polizei mehr fremd. Und wie die Polizei mit dem gesetzlich verankerten Richtervorbehalt umgeht, konnten wir mithilfe einer Großen Anfrage (6) aufdecken: Nachdem Amtsgerichte 2008 und 2009 mehrfach die Genehmigung zur Telekommunikationsüberwachung nach § 10a und 10b PolDVG (Gesetz über die Datenverarbeitung der Polizei) verweigert hatten, umgeht die Polizei das Gericht fast durchgängig: Der Polizeipräsident ordnet die Überwachung an, das Gericht wird nicht gefragt, die Maßnahme nicht einmal im Nachhinein zur richterlichen Bestätigung vorgelegt, obwohl das gesetzlich vorgeschrieben ist. Alles ganz nach dem Motto: legal, illegal, scheißegal.

Parallel dazu hat die polizeiliche Datensammelerei ein fast unvorstellbares und von niemandem mehr kontrollierbares Ausmaß erreicht. Und wenn zu recht kritisiert wird, dass Kontrolle der Verfassungsschutzapparate durch die parlamentarischen Kontrollgremien praktisch unmöglich ist – in Bezug auf die Polizei und ihre geheimdienstlichen Methoden existieren, außer in Bremen, nicht einmal solche Kontrollgremien.

Vergeheimdienstlichung auch der Polizei

Es liegt auf der Hand, dass die Auflösung des Verfassungsschutzes allein das Problem staatlicher Geheimdiensttätigkeiten im Inland nicht löst. Nicht zu Unrecht befürchtet Wolfgang Neskovic, dass die Auflösung des Verfas-

sungsschutzes einen weiteren gewaltigen Schub in Richtung Vergeheimdienstlichung der Polizei auslösen könnte. Nicht zu vergessen ist dabei, dass die Länderpolizeien mit dem Staatsschutz über politische Abteilungen verfügen, die weit, weit im Vorfeld konkreter Gefahr tätig sind, nicht zuletzt auf dem Feld „Extremismus“. Sie stehen oft in heftiger Konkurrenz zu den Verfassungsschutzbehörden und drängen darauf, ihre Befugnisse auszuweiten.

So sehe auch ich die Gefahr, dass die Auflösung des Inlandsgeheimdienstes zur De-facto-Aufhebung des Trennungsgebotes und zur Vereinigung von originär polizeilichen Befugnissen und geheimdienstlichen Tätigkeiten führen kann, und zwar unter dem Dach der Polizei. Wenn das eintritt, dann entsteht eine (politische) Polizei, die fast alles darf und fast alles weiß.

Neskovic zieht jedoch den falschen Schluss. Er befürwortet eine Reform des Verfassungsschutzes, die ihm die geheimdienstlichen Befugnisse belässt. Die Kritik wendet sich aber gerade gegen die Geheimdienstmethoden,

die schwerwiegend in Grundrechte eingreifen und sich aufgrund des Geheimhaltungssystems jeder Kontrolle durch Parlament und Justiz entziehen. „Solchen intransparenten, skandalgeheueren, kontrollresistenten Institutionen gehören die klandestinen Mittel und Methoden entzogen und damit die Lizenz zum Schnüffeln und zur Gesinnungskontrolle“, fasst Rolf Gössner zusammen. (7)

Geheimdienstmethoden delegitimieren

Nur muss die Kritik des Verfassungsschutzes eben auch die Polizei und ihre Vergeheimdienstlichung in den Blick nehmen. Es geht insgesamt um die Delegitimierung von Geheimdienstmethoden als Mittel der politischen Auseinandersetzung und um die Verteidigung und Stärkung der Grundrechte und des demokratischen Prinzips der Offenheit staatlichen Handelns.

Das heißt für unsere Fraktion: Wir werden im nächsten Jahr ein Gesetz zur Auflösung des Landesamts für Verfassungsschutz ausarbeiten. Und: Wir werden weiter dafür streiten, dass die Befugnisse der Polizei streng nach dem

Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und dem Gebot der Offenheit staatlichen Handelns gefasst werden. Die Polizei darf weder fast alles dürfen und schon gar nicht fast alles wissen.

Christiane Schneider

(1) in: WIK, Zeitschrift für die Sicherheit der Wirtschaft, 2012/2

(2) Drs. 20/6041, www.buergerschaft-hh.de/parldok/

(3) Zur Lektüre empfohlen sei hier v.a.: „Wie viel und welchen Schutz brauchen in der Verfassung verankerte Grund- und Menschenrechte?“, Dokumentation der Anhörung der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag am 8.6.2012 in Erfurt.

(4) In: Neues Deutschland, 4.8.2012, <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Verfassungsschutz/debatte.html>

(5) Als zweite Aufgabe des Verfassungsschutz wird genannt: „er informiert über entsprechende Gefahren“. Was die Information über die von Neonazis ausgehenden Gefahren angeht, enthalten die Verfassungsschutzberichte durchweg Banalitäten, die man inzwischen wohl als Ausdruck von Ignoranz bezeichnen muss. Ansonsten besteht die „Information“ in „hoheitlichen Verrufserklärungen“ von Gruppierungen oder auch Personen.

(6) Drs. 20/1254, www.buergerschaft-hh.de/parldok/

(7) S. Anm. 3, S. 41

Vor der Landtagswahl in Niedersachsen

Wenn unsere Leserinnen und Leser das Heft in Händen haben, ist es noch ungefähr eine Woche bis zur Landtagswahl in Niedersachsen.

Neben der Landtagswahl in Bayern, die aber mit ganz knappem Abstand stattfindet, ist es die letzte Landtagswahl vor der Bundestagswahl im September dieses Jahres. Von daher findet die regionale Wahl bundesweite Beachtung und wird von vielen Beobachtern als Test angesehen.

Die Umfragen, siehe die von Wahlrecht.de veröffentlichte Tabelle, deuten einen möglichen Regierungswechsel an: Statt der bisherigen Koalitionsregierung aus CDU und FDP scheint eine Koalition aus SPD und Grünen

möglich, wenn die FDP nicht mehr in den Landtag kommt.

Für die Linke, die mit nach einem Ergebnis von 7,1 Prozent 2008 mit elf Abgeordneten im Landtag ist, scheint die Lage schwierig: Wie in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und vor allem in NRW muss sie die Wähler überzeugen, dass es sich „lohnt“, die Linke zu wählen, gerade wenn sich ein Regierungswechsel hin zu SPD-Grüne abzeichnet. Das ist bestimmt nicht einfach.

Auch das Wahlrecht in Niedersachsen begünstigt die Wahlchancen der Linken nicht gerade (siehe Kasten). Da die CDU die meisten Wahlkreise direkt gewinnen wird (bei der letzten Wahl waren das 68 von 87, 19 fielen an die SPD), müssen sowohl SPD als auch Grüne vor allem auf den Gewinn der Zweitstimmen setzen, die Kombination Erststimme für die SPD, Zweitstimme für die Linke, ist für den „strategischen Wähler“ riskant. Daher steht die Linke bei dem Werben um die für sie entscheidenden Zweitstimmen in scharfer Konkurrenz zu den anderen Parteien

des „linken Lagers“. Anders ist es für das „bürgerliche“ Lager.

Da die CDU die meisten Chancen auf Direktmandate hat, ist die Kombination von Erststimme für die CDU und Zweitstimme für die FDP für den Wähler, der eine Fortsetzung der jetzigen Regierung will, aussichtsreich und daher kann die FDP trotz der schlechten Umfragewerte hoffen.

Allerdings gibt es für die Linke doch einen Lichtblick: Der Wahlkampfauftritt der SPD ist im Hinblick auf die Bundestagswahlen so offensichtlich auf die Verdrängung der Linken aus den Parlamenten gerichtet, dass sich hoffentlich viele Wähler am Kopf kratzen werden und zur Sicherheit die Linke in den Landtag schicken wollen. Dazu kommt ein Kanzlerkandidat der SPD, der in den letzten Wochen zahlreiche berechtigte Zweifel weckt am Linkskurs seiner Partei bei Mindestlohn, Ehegattensplitting und was noch alles.

Es wird also eine spannende Wahl, nicht nur für Niedersachsen.

Alfred Küstler

Niedersachsen, Landtagswahlrecht

Abgeordnetenzahl: Der Landtag besteht aus mindestens 135 Sitzen. Davon werden 87 Mandate in Einmannwahlkreisen nach relativer Mehrheitswahl und die restlichen über starre Listen vergeben.

Stimmenzahl: Jeder Wähler hat wie bei der Bundestagswahl zwei Stimmen: Mit der Erststimme wählt er einen Wahlkreiskandidaten, mit der Zweitstimme die Landesliste einer Partei.

Überhang- und Ausgleichsmandate: Gewinnt eine Partei in den Wahlkreisen mehr Mandate als ihr nach dem Verhältnisausgleich zustehen, so verbleiben diese Sitze der Partei. Die übrigen Parteien erhalten Ausgleichsmandate. (www.wahlrecht.de)

Wenn am nächsten Sonntag Landtagswahl wäre ...

Institut	Auftraggeber	Zeitraum	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	PIRATEN	Sonstige
Infratest dimap	NDR	28.12.–02.01.	40%	34%	13%	4%	3%	3%	3%
INFO GmbH	Focus	07.12.–14.12.	39%	33%	13%	4%	4%	5%	4%
Forschungsgruppe Wahlen	ZDF	03.12.–05.12.	39%	32%	13%	4%	4%	4%	4%
Infratest dimap	NDR	30.11.–04.12.	40%	33%	15%	3%	3%	3%	3%
GMS	CDU Nds	28.11.–30.11.	41%	32%	13%	4%	3%	4%	3%

Polnisch-deutsches Zentrum der Gewerkschaften eröffnet

Im Herbst haben die polnische Gewerkschaft NSZZ „Solidarność“ Region Jeleniogórski und der DGB Sachsen ein gemeinsames Zentrum der Zusammenarbeit in der Innenstadt von Bolesławiec eröffnet. Das Zentrum versteht sich als ein offenes Haus, in dem jeder willkommen ist, der sich für die gewerkschaftliche Zusammenarbeit interessiert. Ziel ist es, das Zusammenwachsen im Grenzraum weiter zu fördern. Dass hier bereits einiges geleistet wurde, zeigt eine Ausstellung über die gewerkschaftliche Kooperation seit den 1990er-Jahren. Daneben gibt es einen Seminarraum, der für grenzüberschreitende Sitzungen bereitsteht. In Planung sind bereits drei polnisch-deutsche Konferenzen und Treffen von Schülerinnen und Schülern aus beiden Ländern, die sich untereinander kennen lernen können, aber auch etwas über die gewerkschaftliche Zusammenarbeit erfahren. Das Zentrum wurde im Rahmen des von der EU geförderten Projekts Ziel 3 errichtet. Ein ähnliches Projekt läuft auch mit der tschechischen Konföderation der Gewerkschaftsverbände CMKOS der Region Nordböhmen. Die drei Gewerkschaften sind auch im Interregionalen Gewerkschaftsrat (IGR) Elbe-Neiße zusammengeschlossen. Die IGR Elbe-Neiße erarbeitet Vorschläge für gemeinsame Herausforderungen in der Region, organisiert Beratungen und Begegnungen. Ziel des IGR Elbe-Neiße ist es, einen Beitrag zur Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der in der Region lebenden Menschen zu leisten. Dabei soll das Dreiländereck zu einer Modellregion für soziale Partnerschaft entwickelt werden.

Quelle: „Forum Migration Dezember 2012“

Spanische Ärzte gegen Privatisierung

In Madrid haben zahlreiche Ärzte gegen die geplante Privatisierung von sechs Krankenhäusern und mehreren kleineren Kliniken in der spanischen Hauptstadt demonstriert. Das entsprechende Gesetz sollte am 27.12.2012 verabschiedet werden. Im Regionalparlament und vor einigen Krankenhäusern hielten die Mediziner ihre Kundgebung ab. Kurz zuvor hatten sie Gespräche mit dem regionalen Gesundheitsamt abgebrochen. Die Ärzte kündigten für die kommenden Wochen Streiks an. Die Privatisierung schade der Pflege der Patienten. Sie hatten schon mehrfach gegen den Sparkurs der Regierung protestiert. Die Privatisierung ist Teil des Maßnahmenpakets, mit dem es Spanien aus den Schulden schaffen möchte. Die Krankenhäuser sollen ab Januar 2013 verkauft werden.

Quelle: <http://de.euronews.com>, 27.12.2012

Spanien: Proteste von Iberia-Personal

Rund 2 000 Mitarbeiter der spanischen Fluggesellschaft Iberia haben in Madrid gegen den Restrukturierungsplan demonstriert. Er sieht den Abbau von 4.500 Stellen in den kommenden fünf Jahren vor. Nach Ansicht der Demonstranten profitiert vom Sanierungsprogramm vor allem die Schwes-tergesellschaft British Airways. „Bei Iberia werden so wie in Spanien Jobs vernichtet. Das Land lebt vom Tourismus. Iberias Probleme treffen nicht nur 4 500 Arbeiter, sondern viel mehr. Vielleicht 6 000 Jobs hängen indirekt an den Flughäfen“, meint Julia Pastor, die beim Iberia-Bodenpersonal arbeitet. Iberia und British Airways hatten 2011 fusioniert. Während BA einen operativen Gewinn von 290 Millionen Euro erwirtschaftet, flog Iberia 260 Millionen Miese ein.

<http://de.euronews.com> 27.12.2012

Gericht ordnet Wiedereinstellung bei Turkish Airlines an

In der Türkei haben Luftverkehrsbeschäftigte im Konflikt um die Entlassung von 305 Beschäftigten im Jahr 2012 einen weiteren Prozess gegen Turkish Airlines (THY) gewonnen. Am 25. Dezember 2012 ordnete ein Gericht die Wiedereinstellung von 13 Beschäftigten bei THY Turkish Technic, dem technischen Wartungszentrum der Fluggesellschaft, an. Sie gehören zu den insgesamt 305 THY-Angestellten, denen am 2. Juni 2012 wegen ihrer Teilnahme an einer friedlichen Protestkundgebung für das Recht auf Streik per E-Mail, SMS oder Telefon die Kündigung mitgeteilt worden war. Zusammen mit den bereits erzielten Erfolgen bei türkischen Arbeitsgerichten beläuft sich die Zahl der wieder einzustellenden Beschäftigten nunmehr auf 26. Die Betroffenen wehren sich standhaft gegen ihre Entlassung und stehen seit über 200 Tagen Streikposten vor dem Internationalen Flughafen Atatürk in Istanbul. Atilay Ayçin, der Präsident der der ITF angeschlossenen türkischen Luftverkehrsgewerkschaft Hava-Is, erklärte in einer Stellungnahme: „Dieses Gerichtsurteil zeigt die Bedeutung und den Wert der Einheit der Beschäftigten und internationaler Solidarität und sendet an alle Arbeitnehmer/innen das klare Signal aus, weiter für ihre Rechte zu kämpfen!“ Der Sekretär der ITF-Sektion Zivilluftfahrt Gabriel Mocho fügt hinzu: „Die Mitglieder der Hava-Is können auf die volle Solidarität und Unterstützung der internationalen Gewerkschaftsfamilie zählen.“ Nach den Entlassungen im Juni startete die ITF eine internationale Kampagne.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 2.1.2013

Türkei: E-Mail-Protest gegen Kündigungen

Der Konflikt zwischen dem Management und der Belegschaft der DHL Logistics in der Türkei dauert an. Mittlerweile sind 23 Beschäftigte dort entlassen worden, offenbar weil sie sich in der zuständigen türkischen Gewerkschaft Tümt-Is organisiert haben. Um ein weltweites Zeichen der Solidarität zu setzen, hatte die Internationale Transportarbeiter-Föderation ITF beschlossen, den 12. Dezember 2012 zu einem internationalen Aktionstag zu machen. Der Verdi-Fachbereich Postdienste, Speditionen, Logistik hatte aus diesem Anlass eine E-Mail-Aktion gestartet. In ihren E-Mails forderten die Absender/innen das für den Bereich Supply Chain zuständige Vorstandsmitglied der Deutschen Post DHL, Bruce Edwards, auf, sich des Konflikts anzunehmen und eine konstruktive Lösung zu erarbeiten. Ziel solle sein, dass das Management in der Türkei die Ziele der Beschäftigten akzeptiert und die Gewerkschaft Tümt-Is anerkennt. „Die gekündigten Beschäftigten müssen wieder eingestellt werden“, heißt es in der E-Mail. In dem betroffenen Betrieb arbeiten rund 1 300 Beschäftigte sowie weitere 1 000 Leiharbeitnehmer. Ziel der Tümt-Is ist es, Bezahlung und Arbeitszeit zu verbessern. In einem Gutachten hatte der amerikanische Arbeitsrechtler John Logan belegt, dass DHL-Beschäftigte in der Türkei, die sich gewerkschaftlich engagieren, systematisch aus dem Betrieb gedrängt werden. Er hat nachgewiesen, dass die Kündigungsgründe wie Verweigerung von Überstunden meist nur vorgeschoben sind.

www.verdi.de/themen/international

Tunesien: Aufruf zum Generalstreik zurückgezogen

Die tunesische Gewerkschaftszentrale UGTT hatte am 13. Dezember zu einem Generalstreik aufgerufen, um ihre Forderung für ein entschiedenes staatliches Handeln hervorzuheben, damit die wachsende Anstiftung und Gewalt gegen die Gewerkschaft durch regierungsfreundliche Milizgruppen und ihre Anhänger beendet wird. Nach einer vom tunesischen Gewerkschaftsbund UGTT organisierten Streikwelle und Demonstrationen sowie der internationalen Verurteilung der gewalttätigen Ausschreitungen gegen die Gewerkschafter/innen nahm die Regierung intensive Verhandlungen auf, die zwei Tage dauerten und eine Vereinbarung zur Folge hatten, mit der die wichtigsten Forderungen der Gewerkschaft erfüllt werden. Der UGTT zog daraufhin den Aufruf zum Generalstreik am 13. Dezember zurück.

Quelle: <http://cms.iuf.org>

Soziale Kämpfe in Sierra Leone

In den Diamantenminen von Koidu streiken die Arbeiter für gerechte Löhne und gegen Diskriminierung. Die Menschenrechtsorganisation Network Movement for Justice and Development in dem westafrikanischen Sierra Leone solidarisiert sich mit den streikenden Minenarbeitern in der diamantenreichen Region Koidu. Die Medico-Partnerorganisation berichtet, dass die Versprechungen der Diamantenindustrie, die Löhne zu erhöhen und für soziale Sicherung zu sorgen, nicht eingehalten worden seien. Die Streikenden fordern außerdem das Ende der rassistischen Diskriminierung durch die Mitarbeiter der OCTEA Diamond Group, einem südafrikanisch-israelischen Minenunternehmen, bei dem einige ehemalige Beschäftigte der Söldnergruppe Executive Outcomes aktiv sind. NMJD warnt seit Jahren davor, dass die soziale Spaltung im Land die Gefahr



eines Wiederausbruchs des Konfliktes begünstigen könnte. Bis 2002 befand sich Sierra Leone im Bürgerkrieg, der mehr als zehn Jahre andauerte.

Quelle, Text und Bild: www.medico.de, 19.12.2012

Katar: Keine Fußball-WM ohne Arbeitnehmerrechte

1,2 Millionen Beschäftigte in Katar dürfen keiner Gewerkschaft beitreten – das ist ein Verstoß gegen das international anerkannte Recht auf Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen. 94% der Beschäftigten in Katar sind Wanderarbeitskräfte ohne jegliche Rechte bei der Arbeit. Die Wahl Katars als Austragungsort der Fifa-Fußballweltmeisterschaft 2022 war kontrovers, und das Land plant, mehr als 100 Milliarden Dollar für den Bau von Stadien und anderen WM-Projekten auszugeben. In den nächsten zehn Jahren werden Tausende zusätzliche Arbeitskräfte für diese riesigen Bauvorhaben benötigt werden. Wir wollen, dass sich die Welt der Probleme der Beschäftigten in Katar bewusst wird: Es werden dort mehr Menschen beim Bau der WM-Infrastruktur ums Leben kommen als bei der WM Fußball spielen. Jedes Jahr kommen in Katar nahezu 200 nepalesische Arbeitskräfte ums Leben. Katar weigert sich jedoch,

die Zahl der Beschäftigten, die bei der Arbeit sterben oder verletzt werden, zu veröffentlichen. Jedes Jahr kommen zudem Hunderte weitere Arbeitsmigranten aus Indien, Sri Lanka, Pakistan und Bangladesch in Katar ums Leben oder werden verletzt. Die Gesetze des Landes untersagen es Wanderarbeitskräften, in Katar eine Gewerkschaft zu gründen und Tarifverhandlungen zu führen, um bessere Löhne sowie gesunde und sichere Arbeitsbedingungen auszuhandeln. Lasst nicht zu, dass Eure WM-Mannschaft in einem Stadion der Schande spielt.

Quelle: <http://act.equaltimes.org>

Ecuador: Weiter Kampf um Arbeitsrechte auf Noboa-Bananenplantagen

Im September wurde die Arbeiterin Lorena Burgos Anangono auf der Farm Los Alamos entlassen, nachdem sie gegen die Nichtzahlung des gesetzlichen Mindestlohnes protestierte hatte. Im selben Monat verloren auch zehn Beschäftigte auf der Farm Bejucal ihre Arbeit, weil sie ihre Arbeitsrechte einforderten und eine Gewerkschaft gründen wollten. Mit diesen Entlassungen von Aktivist/innen der Gewerkschaftsföderation Fenacle und der Verweigerung von Tarifverhandlungen stellte der Großunternehmer Alvaro Noboa auch 2012 seine unternehmerische Verantwortungslosigkeit unter Beweis. Durch die blutige Zerschlagung der Gewerkschaft im Jahr 2002 mit mehreren durch Schrotkugelschüsse verletzten Arbeitern war die Noboa-Farm Los Alamos zum Synonym für den fanatischen Kampf des Firmenmagnaten gegen die Gewerkschaften geworden. Es war ein Erfolg, dass das Arbeitsministerium im April 2012 die neue Betriebsgewerkschaft Sitba als legal anerkannte. Damit war die Behauptung Noboas entkräftet, der schon vor einem Jahr gekündigte Generalsekretär dieser Gewerkschaft, Lester Freire Burgos, wäre von einer nicht legalen Gewerkschaft ins Amt gewählt worden und hätte deshalb keinen Kündigungsschutz gehabt. Zu dem Fall Lester Freire Burgos führte Make Fruit Fair! bereits Anfang 2012 eine Eilaktion durch. Im Februar hatte es während der 2. Konferenz des Welt-Bananen-Forums in Guayaquil Kontakte zwischen Konferenzdelegationen und Noboa-Managern gegeben. Ein Noboa-Sprecher übermittelte die Nachricht, Noboa würde die Kündigung Lester Freires prüfen und das Gespräch mit Fenacle suchen. Tatsächlich aber folgte nur Noboas zynischer Rat, Lester Freire sollte sich bei Zeitarbeitsunternehmen um Arbeit bemühen. Noboa bedient sich bei seinen Geschäften gewöhnlich wechselnder Firmen, um nicht wegen der Folgen seiner unternehmerischen Verantwortungslosigkeit zur Rechen-

schaft gezogen zu werden. Jahrelang beschäftigte er Farmarbeiter/innen über mehrere Leiharbeitsfirmen. Die Exporte seiner Bananen, Marke Bonita, erledigte noch 2010 die Noboa Banana Exporting Company, dann bis 2011 die Continental Banana Company, im Januar 2012 die Gitzycorp und seit Februar die Truisfruit. Noboa ist nach Dole im weltweit führenden Bananenexportland Ecuador der zweitgrößte und international der fünftgrößte Bananenexporteur. Das Noboa-Imperium umfasst ca. 110 Firmen in verschiedenen Wirtschaftszweigen. Viermal war Noboa Präsidentschaftskandidat der Partido Renovador Institucional Acción Nacional und will auch 2013 wieder kandidieren. Europäische Einzelhandelsketten, die Noboa-Bananen vertreiben, haben eine Mitverantwortung für die Einhaltung von Arbeits- und Menschenrechten auf den Plantagen. Das sind u.a. Lidl in Deutschland, Lidl in Italien, Delhaize in Belgien, Intermarche in Belgien, Intermarche in Frankreich.

Quelle: noreply@makefruitfair.de 21.12.2012

Gerechtigkeit für die Opfer des Fabrikbrandes in Bangladesch

Am 24. November 2012 sind 112 Arbeiterinnen und Arbeiter bei einem Brand in der Tazreen-Fabrik gestorben, die unter anderem an KiK und C&A geliefert hat. Seit 2005 sind mehr als 700 Beschäftigte durch Brände in Fabriken der Bekleidungsindustrie umgekommen. Jeden Tag könnte sich erneut eine solche Katastrophe ereignen. Die betroffenen Beschäftigten und ihre Gewerkschaften vor Ort kämpfen nun dafür, dass die Opfer des Tazreen-Brandes entschädigt und verbindliche Sicherheitsstandards in der Bekleidungsindustrie Bangladeschs etabliert werden. Trotz aller Todesopfer und Verletzten lehnen noch immer große Textileinkäufer die Unterzeichnung solcher Standards ab. Dabei ist die Lösung einfach: Vor einiger Zeit wurde von bangladeschischen und internationalen Gewerkschaften und Arbeitsrechtsorganisationen ein Brandschutzprogramm entwickelt. Schon heute sind große Unternehmen wie PVC (Tommy Hilfinger und Calvin Klein) und Tchibo Teil dieses wichtigen Prozesses. Wir fordern daher C&A und KiK in Deutschland, aber auch die anderen Einkäufer der Tazreen-Fabrik wie Walmart, Li&Fung, Edinburgh Woolen Mill, Disney, Dickies, Sean Comb und Kmart/ Sears auf: 1. die Opfer der Brände vollständig zu entschädigen, 2. sicherzustellen, dass die Brandursachen vollständig und transparent untersucht werden.

Petition von F. Banse, G. Burckhardt, Kampagne für Saubere Kleidung, <https://www.change.org>

Bürger sind mit Volksabstimmung zu S 21 zufrieden

MANNHEIM. Dr. Prof Thorsten Faas vom Institut für Politikwissenschaft am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung hat weitere Ergebnisse der Langzeitstudie zur Volksabstimmung Stuttgart 21 vorgestellt. In der Studie, die schon vor der Volksabstimmung im November 2011 begonnen wurde, werden sowohl Meinungen zur Volksabstimmung zu Stuttgart 21 abgefragt als auch Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zur direkten Demokratie, der Bürgerbeteiligung und dem Zustand der Demokratie in Baden-Württemberg an sich. Die Mehrheit der Menschen findet, dass es in Baden-Württemberg nicht genügend Möglichkeiten gibt, sich politisch zu beteiligen. Gleichzeitig stimmen ca. 68 Prozent der Aussage zu, dass Volksabstimmungen ein gutes Mittel sind, um wichtige politische Fragen zu entscheiden. „Diese Zahlen belegen in aller Eindeutigkeit, dass die Menschen sich mehr direkte Mitbestimmung wünschen. Dafür brauchen wir faire Verfahren der direkten Demokratie, mit niedrigeren Hürden als bisher. Nur dann findet direkte Demokratie auch tatsächlich häufiger statt. Die Landesregierung hat hier weitreichende Reformen auf der kommunalen und der Landesebene angekündigt, die im nächsten Jahr umgesetzt werden sollten“, so Reinhard Hackl vom Verein Mehr Demokratie Baden-Württemberg. Ebenfalls eindeutig sind die Statistiken, wenn es um die Volksabstimmung zu S 21 selbst geht. Ca. 70 Prozent, sowohl der Baden-WürttembergerInnen als auch der StuttgarterInnen finden es gut, dass es eine Volksabstimmung gegeben hat. Hier unterscheiden sich auch die Gegner des Projekts nur mit einem ca. 5 Prozent höheren Wert von den Befürwortern. „Diese Zahlen belegen, dass politische Entscheidungen, durch direkte Demokratie eine hohe Legitimation besitzen. Viele Menschen sahen und sehen die direkte Demokratie als gutes Instrument an den Konflikt zu befrieden“, so Reinhard Hackl. „Doch wie Mehr Demokratie e.V. in einem Monitoring-Bericht zur Volksabstimmung schon betont hat: die direkte Demokratie kann ihre positive Wirkung nur dann entfalten, wenn der Prozess und die Abstimmung selbst fair gestaltet sind. Dazu müssen gewisse Voraussetzungen erfüllt sein. Zum Beispiel dürfen beim Zeitpunkt der Entscheidung noch keine Tatsachen geschaffen sein, eine Offenlegung der Finanzierung der Pro- und Contra-Kampagnen ist wünschenswert und bei der Abstimmung selbst darf kein unrealistisch hohes Zustimmungsquorum den Status-Quo so einseitig bevorzugen, wie momentan in Baden-Württemberg

der Fall. Alle Parteien sind nun in der Pflicht, hier wirksame Reformen zu erarbeiten“, erklärt Hackl. www.mehr-demokratie.de

Friedenspolitisches Programm für 2013 verabschiedet

KASSEL, FRANKFURT, BERLIN. Auf seinem letzten Treffen des Jahres 2012 verabschiedete der Bundesausschuss Friedensratschlag „Friedenspolitische Schwerpunkte 2013“. Zur Vorstellung des Programms erklärte der Sprecher des „Friedensratschlags“ am Donnerstag in Kassel: ... In dem vierseitigen Papier werden die bedrohlichen Tendenzen der Weltentwicklung benannt. Dazu gehören „Kriege, Gewalt, Umweltzerstörung und Raubbau an den natürlichen Ressourcen“ sowie „wachsende Armut, Hunger und massiver Abbau sozialer und demokratischer Rechte“. Der Krieg habe wieder Einzug in die internationalen Beziehungen gehalten und stelle den Fortschritt des Völkerrechts und der UNO-Charta mit ihrem strikten Gewaltverbot zunehmend in Frage. Auch die Bundeswehr werde zu einer „globalen Interventionsarmee“ transformiert, um mit neuen Waffen (z.B. Kampfdrohnen) die Kriegführung der Nato effektiver zu machen. Auf der anderen Seite werden aber auch hoffnungsvolle Entwicklungen ausgemacht: Die Revolten des „arabischen Frühlings“, die Massenproteste in Griechenland, Spanien oder Portugal gegen das EU-Diktat, der selbstbewusste Aufbruch zahlreicher lateinamerikanischer Länder sowie die unter dem Sammelbegriff „occupy“ gehaltenen Aktionen gegen die Diktatur der Finanzmärkte zeigen, dass Widerstand nötig und möglich ist. Die Agenda der Friedensbewegung beginnt – nun schon zum elften Mal – mit der Forderung nach der sofortigen Beendigung des Kriegeinsatzes in Afghanistan. Der versprochene Truppenabzug Ende 2014 sei eine „Mogelpackung“, denn die Nato habe schon längst beschlossen, auch über diesen Zeitpunkt hinaus in Afghanistan zu bleiben. Insofern sei auch die von der Bundesregierung angekündigte Reduzierung der deutschen Truppen auf 3.300 Soldaten bis Februar 2014 „eher ein Wahlkampfmanöver denn eine Trendumkehr“, heißt es in dem Papier. Zugleich wird vor neuen Kriegsabenteuern gewarnt. Jede weitere Sanktion gegen Syrien ermutige nur die bewaffnete Opposition gegen die Assad-Regierung und verschärfe den Bürgerkrieg. Ebenso heize die unter Bundeswehr-Beteiligung erfolgende Entsendung von Patriot-Raketen und fliegenden AWACS-Kommandoplattformen in die Türkei den Bürgerkrieg weiter an und erhöhe das Risiko eines Flächenbrands in der ganzen Nahost-Region. Dem Westen wird vorgewor-

fen, die UN-Initiativen von Kofi Annan und Brahimi, die auf Verhandlungen zwischen allen Konfliktparteien setzten, von Anfang an für aussichtslos gehalten und einseitig die Rebellen unterstützt zu haben. Auch gegenüber Iran vertritt der Bundesausschuss Friedensratschlag den Standpunkt strikter Neutralität und der Einhaltung völkerrechtlicher Normen. Wenn es dem Westen wirklich darum geht, die iranische „Bombe“ (für deren Bau es bisher keine belastbaren Beweise gibt) zu verhindern, dann sollte das von der UNO beschlossene Vorhaben einer atomwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten vorangetrieben werden. Das aber schließt eine Debatte über die existierenden israelischen Atomwaffen ein. Sanktionen gegen Teheran und die militärische Einkreisung Irans lehnt die Friedensbewegung ab.

<http://www.ag-friedensforschung.de/>

Offener Brief des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren zur Studiengebührendebatte in Bayern

MÜNCHEN. Seit mehreren Wochen sorgt die Diskussion um Studiengebühren insbesondere in Bayern für großen Wirbel, nicht zuletzt im bayerischen Landtag. Wir begrüßen alle Tendenzen, die in Richtung einer Abschaffung von Bildungsgebühren gehen. Welche Gebühren genau abgeschafft werden sollen, und welche bestehen bleiben könnten, ist allerdings noch mehr als unsicher – so scheint es – selbst manchen Debattierenden unklar. Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren sagt klar: Wir lehnen Studien- und Bildungsgebühren in jeder Form ab und fordern die sofortige Abschaffung sämtlicher Gebühren! Das Thema „Abschaffung der Studiengebühren“ stellt sich in Bayern mehr als unübersichtlich dar, die FDP positioniert sich gegen Abschaffung, Teile der CSU sind hingegen dafür, wieder andere möchten das System sog. „nachgelagerter Studiengebühren“ einführen. Letzteres würde das bestehende System allgemeiner Studiengebühren in Bayern allerdings nicht wesentlich verändern: Momentan haben die meisten, aber längst nicht alle, Student_innen Anspruch auf das Bayerische Studienbeitragsdarlehen, anfallende Studiengebühren können bereits nach dem Studium zurückgezahlt werden. Anzumerken hierbei ist, dass Studiengebühren nur einen Teil der Lebenskosten Studierender darstellen, und nur diese können vom Darlehen gedeckt werden. An diesem Konzept würde die propagierte nachgelagerte Studiengebührenerhebung nichts ändern. Die Bayerische Staatsregierung versucht somit alten Wein in neuen Schläuchen zu verkaufen: Nachgelagerte Studiengebühren schrecken Studieninteres-

Rückzug des Grundrechtekomitees aus dem Unterstützerbündnis von „Adopt a Revolution“

KÖLN. Wir haben innerhalb des Vorstandes lange darüber diskutiert, ob wir als pazifistische, an gewaltfreiem Handeln orientierte Organisation die Kampagne AaR weiterhin unterstützen können. Wie sind übereingekommen, dass wir das nicht mehr können. Wir wollen unsere Gründe dafür darlegen:

... Obwohl wir über die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Syrien nur grob informiert waren – dies merken wir ebenso selbstkritisch an –, haben wir die Kampagne AaR unterstützt. Mit jedem Tag der vom Regime und seinen Gewaltapparaten betriebenen militärischen Eskalation gegen die aufbegehrende Bevölkerung wurde uns mehr und mehr bewusst, über wie wenig authentische Informationen wir zu den dramatischen Ereignissen in Syrien verfügen. Die Informationen sind notwendigerweise vermittelt: über die Kampagne AaR, über wenige vorzügliche Berichtserstattungen in- und ausländischer Medien, über Berichte geflohener Syrer und Syrerinnen. Es bleiben jedoch Mosaiksteine, die wir nicht hinreichend einordnen können. Auf Anfragen aus unserem komiteelichen Umfeld, wie sich die gewaltfreien Bürger- und Bürgerinnenkomitees in der sich mehr und mehr abzeichnenden militärischen Konfrontation verhielten, vermochten wir immer weniger, eigene solide Antworten zu geben ... Wir wollen und können fern ab von den tragischen Ereignissen nicht über das Engagement der gewaltfreien Komitees urteilen. Wir können aber – auch eingedenk unseres politischen Selbstverständnisses – nicht mehr verantwortungsvoll selbst empfehlen, über die Kampagne AaR den gewaltfreien Aufstand in Syrien zu befördern. Damit täuschten wir uns selbst. Die Grenzen zwischen den gewaltfreien Bürgerkomitees und den bewaffneten Gruppen sind bis zur Unkenntlichkeit verwischt. Die Zukunft Syriens wird durch die Macht der Gewehre bestimmt werden. Dies befördern zunehmend all die Nationen – USA, Russland, Iran, Europa, Türkei, Golfstaaten –, die nun mit Waffenlieferungen in den Konflikt eingreifen oder dies in Erwägung ziehen. ... Das Komitee für Grundrechte und Demokratie ist nicht die Organisation, die aus Deutschland die „Partnerschaft“ für eine Revolution übernehmen kann, deren Bedingungen wir weder zu genüge kennen, noch über Möglichkeiten besitzen, auf diese tatsächlichen Einfluss zu nehmen.

<http://www.grundrechtekomitee.de/>



Stuttgarter Delegation vor der Kapelle in St. Anna, wo die Kinder aus dem Dorf vor dem Massaker immer spielten. (Bild: Anstifter)

Massaker der Waffen-SS in Italien: Stuttgarter fordern juristische Aufarbeitung auch in Deutschland. Stuttgarter Delegation trifft Überlebende des SS-Massakers in Sant' Anna di Stazzema und fordert juristische Aufarbeiten auch in Deutschland.

Am vergangenen Wochenende überbrachte eine 40-köpfige Delegation des Stuttgarter Bürgerprojekts Die AnStifter den Überlebenden und Hinterbliebenen eines SS-Massakers im toskanischen Dorf Sant' Anna di Stazzema stellvertretend für 400 Unterzeichner eine Solidaritätserklärung und eine Spende über 4000 Euro. Am 12. August 1944 waren in Sant' Anna über 500 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder von Soldaten der Waffen-SS ermordet und das Dorf zerstört worden. Die Täter sind in Italien verurteilt. In Deutschland hingegen erklärte der mit dem Fall betraute Oberstaatsanwalt Häußler am 1. Oktober 2012, es könne kein Prozess eröffnet werden. Ende Januar wird über eine Klageerzwingung entschieden, die Gabriele Heinecke, Anwältin der Opfer von Sant' Anna in Deutschland, vorgebracht hat. Julia von Staden, Sprecherin der Stuttgarter Solidaritätskampagne, erklärt dazu: „Wir sind empört über den Umgang der deutschen Justiz mit den Opfern und Hinterbliebenen. Mit dieser Fahrt wollen wir unsere Betroffenheit und Solidarität zeigen und an den baden-württembergischen Justizminister Stickelberger appellieren, sich dafür einzusetzen, dass sich die SS-Mörder auch vor der deutschen Justiz verantworten müssen.“ Link zur Unterschriftensammlung: <https://stazzemafahrt.wordpress.com/unterstutzen-sie-unseren-aufruf/>

sierte nachweislich gleich stark vom Studium ab ... Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren kennt nur eine sinnvolle Form der ergänzenden Finanzierung von Hochschulbildung: progressiv & sozial gerecht gestaffelte Steuereinnahmen, die anfallen, wenn Absolvent_innen in das Berufsleben wechseln und sich mit ihren Abgaben an der Finanzierung öffentlicher Bildung beteiligen. <http://www.abs-bund.de/>

Strategien der Erwerbslosenbewegung unter bündnispolitischen Gesichtspunkten

Uns bläst der Wind ins Gesicht. In den vergangenen Jahren konnten wir kaum Erfolge verbuchen. Wir wissen: das geht nicht unbedingt alles auf unser Konto. Denn Hartz IV ist ein Eckpfeiler des kapitalistischen Systems. Der Schriftsteller und Kolumnist Wladimir Kaminer brachte es so auf den Punkt: „Den deutschen Arbeitnehmern wird mit einer Angel ein Hummer vor die Nase gehalten und im Rücken spürt jeder Hartz IV als Maschinengewehr.“ Die Ausgrenzung von Erwerbslosen und Prekären ist politisch gewollt. Was können wir dagegen tun? Wie können wir trotz unseres Frustes weitermachen? Welche Ansätze für Gegenwehr gibt es? ... Wir

setzen hiermit die begonnene Strategiediskussion fort. Diesmal stehen die bündnispolitischen Gesichtspunkte im Vordergrund. Gerade auf lokaler Ebene kommt Bündnissen eine entscheidende Bedeutung zu: Während der Kampagne für die „Schulbeihilfe“ konnte vor fünf Jahren zum Beispiel in Oldenburg ein so tragfähiges Netz gegenseitiger Unterstützung geknüpft werden, dass Eltern im Hartz-IV-Bezug sich einzeln sogar bereit erklärten, in einen befristeten Mietstreik zu treten. Die Mobilisierung gegen die Sanktionen wird vom bundesweiten „Bündnis für ein Sanktionsmoratorium“ vorangetrieben. Vielerorts engagieren sich Erwerbslose und Netzwerke im Rahmen lokaler und überregionaler Bündnisse für bezahlbaren Wohnraum. Trotzdem stehen wir vor der Realität, dass, anstatt kostendeckende Schulbeihilfen zu bekommen, die Kinder mit dem Bildungs- und Teilhabepaket abgespeist werden; dass, anstatt angemessene Wohnkosten einzuführen, den Ländern erlaubt wird, Satzungen zur Pauschalierung von Wohnkosten zu erlassen; dass, anstatt die Sanktionspraxis auszusetzen, im Jahr 2012 mehr als eine Million Sanktionen von den Jobcentern gegen Hartz IV-Leistungsberechtigte verhängt wurden.

<http://www.bag-plesa.de/>



**Auch Flüchtlinge
wollen
menschenwürdig
leben!**

**Tag der Menschenrechte
10. Dezember 2012
19.00 Uhr
Veranstaltung im KFG**

Tag der Menschenrechte in Mannheim

Auch Flüchtlinge wollen menschenwürdig leben. Nach jahrelangen Bemühungen geht es voran

Am 10. Dezember 2012 fand am Tag der Menschenrechte die Veranstaltung „Auch Flüchtlinge wollen menschenwürdig leben!“ im Karl-Friedrich-Gymnasium (KFG) statt. Zur Veranstaltung aufgerufen hatten der Stadtjugendring Mannheim, die Linksjugend, die Grüne Jugend, die Jusos in der SPD, die Arbeitsgemeinschaft Abschiebehaft und die Initiative Freie Flüchtlingsstadt. Organisatoren waren das KFG, die „Save me“-Kampagne und der Verein KulturQuer-QuerKultur.

Die mit 100 Zuhörern gut besuchte Veranstaltung begann mit einem Vortrag des Althilologen Prof. Hermann Wiegand, Direktor des KFG. Er gab einen Überblick über die Geschichte der Idee der Menschenrechte. Danach informierte Ulrike Duchrow vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg über den aktuellen Stand der Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung. Eine KFG-Schülerin äthiopischer Abstammung trug den Erlebnisbericht eines in der Sammelunterkunft Industriestraße lebenden Asylbewerbers aus dem Mittleren Osten vor, der plastisch verdeutlichte, was die Unterbringung von über 400 oft auch traumatisierten Menschen in einer Einrichtung bedeutet. Er sparte auch nicht Schilderung von Konflikten aus, wenn vier sehr unterschiedliche Muslime von orthodox bis areligiös ein Zimmer teilen müssen. Anschließend diskutierten Hermann Genz, Leiter vom Fachbereich Arbeit und Soziales der Stadt Mannheim, und Anna Barbara Dell, Patin der „Save me“-Kampagne und Vorstandsmitglied von KulturQuer-QuerKultur, mit dem Publikum. Dazwischen spielten Schülerinnen und Schüler des KFG klassische Musik. Veit Lennartz moderierte die Veranstaltung.

In der Mitte der Gesellschaft angekommen

Die Aula des humanistischen Karl-Friedrich-Gymnasiums ist wahrlich ein Ort in der Mitte der Gesellschaft. Die Idee, an diesem Ort darüber zu reden, dass Flüchtlinge Anspruch auf menschenwürdige Lebensbedingungen haben, dass Menschenrechte in Deutschland erst noch umfassend durchzusetzen (und kein Kampf begriff zur Begründung „humanitärer Kriegseinsätze“) sind – diese Idee der Save-me-Kampagne war sehr verdienstvoll.

Die auf der Veranstaltung angeprangerten Zustände in der Sammelunterkunft werden schon seit deren Bestehen, seit über 20 Jahren von einzelnen Initiativen immer wieder kritisiert. Im Gemeinderat gab es in den letzten Jahren zunehmend Anfragen und Anträge, die sich auf die Immobilie und deren Nutzung bezogen, die das Thema Einzelunterkünfte in normalen Wohnungen ansprachen. Aber so richtig ging es nicht voran. Einen Durchbruch stellt das BVG-Urteil zum Asylbewerberleistungsgesetz dar: Es stellt den Grundsatz auf, dass die Gestaltung der Lebensbedingungen der Asylbewerber nicht asylpolitisch missbraucht werden, dass sie nicht der Abschreckung dienen dürfe. Auch die grün-rote Landesregierung hat sich die Verbesserung der Lage der Flüchtlinge ins Programm geschrieben. Ein Ergebnis all dieser Bemühungen und des Drucks ist z.B., dass seit 1. Dezember der Point-Store Pyramidenstraße geschlossen ist, nachdem die Asylbewerber nicht mehr mit Sachleistungen oder Punktegutscheinen, sondern mit Bargeld ausgestattet werden.

OB Dr. Peter Kurz hat im September

den Sozialamtsleiter Hermann Genz und somit das Dezernat 2 in die Gesamtverantwortung für die Asylbewerberunterkunft gestellt. Zuvor war das Thema ständig zwischen Sozial- und Finanz-Dezernat (Liegenschaften) hin- und hergeschoben worden. Genz ist vom Gemeinderat am 26.9. beauftragt worden, den kommunal untergebrachten Flüchtlingen, d.h. jenen mit abgeschlossenem Asylverfahren, den Umzug in Normalwohnungen zu ermöglichen, also auch entsprechenden Wohnraum zu suchen.

Der Runde Tisch

Bemerkenswert am Tag der Menschenrechte: Erstmals sitzen fast alle, die sich mit der Lage der Asylbewerber befassen oder zu befassen haben, in einem Raum zusammen. Neben den aufrufenden Initiativen und Institutionen waren auch Vertreter des Bündnis gegen Abschiebungen und des Legat Team Heidelberg-Mannheim gekommen, welches im Sommer den Marsch der „Sans papiers“ auch durch Mannheim organisierte. Sogar ein Flüchtling aus dem Heim war präsent. Damit eröffnet sich hoffentlich auch eine bessere Vernetzung der „Unterstützer-Szene“. Sie kann sie dringend brauchen, um eine bessere Wirkung in die Gesellschaft hinein zu erzielen.

Genz berichtete ausführlich über die Situation, die er nun auch als „unhaltbar“ bezeichnete. Vertreterinnen von Diakonie und Caritas, die in der Sammelunterkunft arbeiten, machten auf konkrete Probleme aufmerksam, die es zu überwinden gelte. Die immer wieder heftig kritisierte Eingangssituation der Sammelunterkunft wurde von Genz vor allem als Schutzmaßnah-

me gegen Übergriffe auf Asylbewerber und gegen das unkontrollierte Ein- und Ausgehen von Drogenhändlern verteidigt. Allerdings räumte er ein, dass man das Ziel vielleicht auch anders als gegenwärtig erreichen könne. Das Arbeitsverbot für Asylbewerber ist laut Genz das größte Integrationshindernis. „Das Schlimmste ist die Langeweile!“. Allerdings müsse klar sein, dass nicht alle Asylbewerber in Deutschland bleiben könnten, manche müssten mit Abschiebung rechnen...

Genz versprach, im ersten Quartal 2013 einen Runden Tisch aller Beteiligten, also auch der Initiativen und Betroffenen, offiziell einzuberufen – eine Forderung, die die Linke bereits in einem Antrag formuliert hatte.

Ein erster Impuls in dieser Richtung entstand durch die „Macht des Faktischen“: Als am 4. Dezember auf Antrag von Stadträtin Gudrun Kuch der Arbeits- und Sozialausschuss in der Asylbewerberunterkunft zusammenkam, um sich die Einrichtung anzusehen, waren auch – ungeladen – die Asylinitiativen zugegen. Ihre Anwesenheit in der Sitzung wurde einvernehmlich „geduldet“.

Der Runde Tisch wird folgende Aufgaben zu erledigen haben: Möglichst rasch den Umzug der „kommunal“ untergebrachten Flüchtlinge zu organisieren. Hierbei wird auch bürger-schaftliche Hilfe erforderlich sein. Die GBG kann – so Genz nach einem Gespräch mit der GBG – höchstens 20

Wohnungen zur Verfügung stellen.

Auch die Lage der zunächst zum Verbleib in der Sammelunterkunft gezwungenen Flüchtlinge („staatliche“ Unterkunft) mit noch laufendem Verfahren muss verbessert werden. Auch für diese Menschen muss nach anderen Unterbringungslösungen gesucht werden. Der Zustand der Räume und Sanitäreinrichtungen ist überwiegend gesundheitsgefährdend und unzumutbar.

Finanzbedarf

Dem Arbeits- und Sozialausschuss wurde am 6.12. offenbart, wie der Mietvertrag für die Liegenschaft Industriestraße aussieht. Es ist nicht damit zu rechnen, dass die Stadt in den nächsten zwei Jahren aus dem Vertrag herauskommt. Somit wird jede Wohnung außerhalb zu einer finanziellen Doppelbelastung. Außerdem ist der Vermieter nicht zu Instandhaltungs- und Sanierungsarbeiten verpflichtet, da es sich um eine Gewerbeimmobilie handelt. Der Vertrag ist nicht anders als skandalös zu bezeichnen. Er kam unter dem Druck des dringenden Raumbedarfs zu Spitzenzeiten des Flüchtlingsstroms zustande und wird hoffentlich noch ein Nachspiel haben. Der Gemeinderat wird nicht umhinkommen, zusätzliche Finanzmittel für ein menschenwürdiges Leben der Flüchtlinge aufzubringen. Dann wird sich zeigen, wie sehr das Menschenrecht als Verpflichtung in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.

Thomas Trüper

Stadtwerke die vergleichsweise besseren Partner für die Verbraucher sein. Das sei sinnvoller, als den Verbraucher immer nur – wie der stete Rat lautet zum gerade preiswertesten Anbieter zu schicken, schilderten Stefan Taschner vom Berliner Energietisch und Dr. Steinkamp vom der Kölner Rheinenergie AG auf der RLS-Tagung recht überzeugend. Werde z. B. die Stromrechnung eines privaten Ökostromanbieters nicht bezahlt, falle der Kunde schlicht zum regionalen Grundversorger zurück, da komme kein Energieberater ins Haus. Die Rheinenergie AG versucht, bei Zahlungsproblemen Stromsperren auch damit zu verhindern, dass die abrufbare Leistung pro Haushalt auf 1000 Watt begrenzt wird.

Ohne Änderungen auf Bundesebene geht es allerdings nicht. Die ärmsten Menschen lebten in den – auch energietisch – schlechtesten Häusern, stellte Dr. Michael Kopatz vom Wuppertal-Institut fest. 16 Prozent der Haushalte könnten ihre Räume nicht angemessen heizen. Er räumte auch mit dem Klischee auf, dass Hartz-IV-Betroffene am meisten Strom verschwenden. Diese Leute steckten in der Klemme, weil für veranschlagte 1500 Kilowattstunden Strom nur 30 Euro monatlich im Regelsatz vorgesehen seien, der Strom aber im Schnitt 37 Euro koste. Hier sei die Sozialpolitik gefragt. Sozialtarife hält Kopatz wegen des hohen bürokratischen Aufwands bei der notwendigen Bedürftigkeitsprüfung für eine mögliche, aber keine optimale Lösung. Denn nur 40 Prozent der Haushalte, die Probleme haben, die Stromrechnung zu begleichen, seien in Hartz IV-Bezug, weitere 40 Prozent seien geringverdienende Alleinerziehende und 20 Prozent Rentner. Für eine mieterfreundliche Gebäudesanierung bevorzugt Kopatz einen sozialen Energiesparfonds, der sich aus dem Mehrwertsteueranteil der steigenden EEG-Umlage speisen könnte.

Mehrere Experten warnten, der Zusammenhang von Energiewende und steigenden Strompreisen werde gerade auch von denen hergestellt, die diese Wende aufhalten oder verlangsamen wollten. Das mag sein, entgegnete seinerseits Energieberater Ulrich Schachtschneider, dennoch werde die Akzeptanz der Energiewende schwinden, wenn diese in einer zweiten Phase nicht sozial gestaltet werde. Schachtschneider stellte erste Ergebnisse einer Studie für die RLS vor, in der er europaweit linke Vorschläge für eine Energiewende untersucht. Deren Spannweite ist erheblich – klar ist aber auch: Mit Schlagworten von Dezentralisierung, Demokratisierung und Rekommunalisierung allein ist es nicht getan. Die Frage ist meist – was kommt noch?

Jörg Stude,
aus Neues Deutschland vom
10.12.2012.

Keine Stromsperren für Arme

Rosa-Luxemburg-Stiftung diskutierte in Köln über Energiewende

Eine europäische Krisenpolitik gibt es nicht, auch keine europäische Asylpolitik, aber vielleicht gibt es eine europäische Energiepolitik mit Auswirkungen auf die Energiewende hierzulande? Das diskutierte die Rosa Luxemburg Stiftung (RLS) Nordrhein-Westfalen am Wochenende in Köln unter der linksorientierten Überschrift „Solidarisch und solar“.

Die Energiewende sei „noch eine Revolution weit entfernt“, erklärte der Landessprecher der NRW-Linken, Rüdiger Sagel, zu Beginn der RLS-Tagung. Seitens der EU passiere nichts, die AKW blieben am Netz, langfristige Verträge zum Import fossiler Energieträger würden abgeschlossen. Es gehe aber bei der Energiewende um Dezentralisierung, Demokratisierung und Rekommunalisierung.

Zwei Workshops weiter wusste es der Fraktionschef der Linken in Köln, Jörg Detjen, deutlich konkreter. Penibel listete Detjen auf, schon 2003 habe eine

EU-Richtlinie über den Schutz „benachteiligter Kunden“ gesprochen und „spezifische Maßnahmen“ zur Begleichung von Stromrechnungen gefordert. 2009 fand das Wort von der „Energiearmut“ Eingang in die EU-Papiere. Es gelte, den Ausschluss von der Energieversorgung zu verhindern, hieß es. Aktuell findet sich das als „Verbot von Stromsperren“ in der linkssozialen Politik wieder. In zehn der 27 EU-Staaten existiere inzwischen die politische Kategorie des „benachteiligten“ Kunden, bilanzierte Detjen, die Bundesrepublik gehöre nicht dazu. Für Stadtrat Detjen reichen übrigens soziale Hilfen wie kostenlose oder verbilligte Stromkontingente nicht aus, um Energiearmut dauerhaft zu verhindern. Dazu brauche es parallel Energie- und

Schuldnerberatung. Es sei nicht nur zu fragen, wie die Stromrechnung zu bezahlen ist, sondern auch, wie sie zustande kam.

Dafür können und sollen kommunale



Die Linke protestiert gegen Rechtsrock in Hannover: Die Linksfraktion im Rat der Stadt Hannover wendet sich gegen den

Auftritt der Rechtsrock-Gruppe Frei.Wild am 27. Dezember in der hannoverschen AWD-Hall. „Diese zweifelhafte Truppe verbreitet nicht nur platte nationalistische Liedertexte, ihre Konzerte sind auch immer wieder Anziehungs- und Sammelpunkt für bekennende Rechtsextremisten und Neonazis“, warnt Fraktionschef Oliver Förste. „Es ist ein Schandfleck für unsere Stadt, dass diese Band in Hannover spielen darf. Alle Demokraten sollten ein wachsames Auge darauf haben!“ Der Frontsänger der Band, Philipp Burger, war vorher Sänger der rechts-extremistischen Skinhead-Band Kaiserjäger. Inzwischen distanziert er sich allerdings öffentlich vom politischen Extremismus – nicht zuletzt, um die geschäftlichen Erfolge der Band Frei.Wild nicht zu gefährden. In einem Beitrag des ZDF-Magazins Aspekte am 30. 11. 2012 sagte ein NPD-Funktionär, seine Partei könne von der Beliebtheit der Band profitieren: Frei.Wild lägen vielleicht nicht zu 100 Prozent auf NPD-Linie, aber doch zu 80 Prozent, nur 30 Prozent davon würden sie jedoch zugeben. www.linksfraktion-hannover.de

Bürgerbeteiligung nur für ausgewählte Bürger? HAMBURG. Die SPD-Fraktion wird heute in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte beantragen, einen Stadtteilbeirat für die HafenCity ins Leben zu rufen. Doch Bürgerbeteiligung scheint der SPD weniger wichtig zu sein, wenn es um weniger glamouröse Viertel geht: Erst am 29. November beispielsweise hat die SPD mit CDU und FDP den Bürgerschaftsantrag der Grünen (Drucksache 20/5781) abgelehnt, einen Stadtteilbeirat St. Pauli zu installieren. „In der jüngsten Haushaltsdebatte hat die SPD verschiedene Anträge abgelehnt, die auf eine Verstärkung und Ausweitung der BürgerInnenmitwirkung in Form von Quartiers- und Stadtteilbeiräten zielten“, erinnert Heike Sudmann, stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft. „Und gerade die SPD im Bezirk Hamburg-Mitte tut sich schwer damit, die seit 1979 in St. Georg vorhandenen Beiratsstrukturen zu erhalten.“ Der Vorsitzende der Fraktion Die Linke in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte, Bernhard Stietz-Leipnitz, erklärt dazu: „Selbstverständlich sollen auch die BewohnerInnen der HafenCity einen Stadtteilbeirat bekommen. Aber es hat schon geschmacklos, dass sich gerade die SPD im Bezirk Mitte vorrangig um die BürgerInnenbeteiligung in der HafenCity kümmert, aber Sanierungsbeiräte im Bezirk auslaufen lässt, bei der Fortsetzung der Beiratsarbeit in St. Georg

über 2013 hinaus zögert und nicht gerade aktiv geworden ist, die Forderung nach einem Stadtteilbeirat St. Pauli zu unterstützen. Was wird das? Beiräte in weiterer Zukunft nur noch für die betuchten Viertel?“ Für Heike Sudmann hat die Diskussion der vergangenen Wochen gezeigt, „dass die SPD nichts übrig hat für eine Ausdehnung der Beiratsstrukturen in Hamburg“. Auf eine Große Anfrage der Fraktion Die Linke zur Bürgerbeteiligung (Drs. 20/4846) hatte der Senat erst vor kurzem erklärt, dass für ihn eine Verstärkung bestehender Gremien und die Ausweitung auf weitere Stadtteile nicht in Frage komme. „Die Linke hält dagegen die BürgerInnenbeteiligung auf Quartiers- und Stadtteilebene für ein Grundprinzip der demokratischen Metropolengesellschaft“, erklärt Sudmann. „Ein Stadtteilbeirat für die HafenCity ist in Ordnung, aber ein neuer Stadtteilbeirat St. Pauli, die Fortsetzung der Beiratsarbeit in St. Georg und die Schaffung neuer Beiräte in Stadtteilen, die es wünschen, sind noch dringlichere Erfordernisse.“ <http://www.linksfraktion-hamburg.de>

Seniorenheime Lindenberg und Fasanenhof vor Verkauf: KASSEL. Das ist eine klassische Entscheidung der Kasseler Sozialdemokratie unter ihrem Parteivorsitzenden Kaiser, der zugleich Aufsichtsratsvorsitzender des Klinik Konzerns Gesundheit Nordhessen ist. „Am Sonntag werden hehre Reden über soziale Verantwortung geschwungen, am Werktag werden kommunale Aufgaben privatisiert und die Löhne gekürzt“, so der bittere Kommentar von Axel Selbert, dem sozialpolitischen Sprecher der Stadtverordnetenfraktion Kasseler Linke. Anstatt an den Mitarbeitern zu sparen, müssen die Einnahmen über die Kranken- und Pflegekassen und sonstigen Sozialleistungsträger erhöht werden. Auch spricht nichts gegen eine Quersubventionierung in der Gesundheit Nordhessen. Deren Einnahmen erlaubten erst vor gut zwei Jahren dem Vorstandsvorsitzenden Sontheimer eine 20%ige Gehaltserhöhung auf über 315 000 Euro – das sind 100 000 Euro mehr als die Bundeskanzlerin verdient. Und es sind 5 Millionen Euro im Haushalt, damit ein privater englischer Universitätskonzern an einer Kassel School of Medicine verdienen kann, um 24 Medizinstudenten auszubilden, die den Numerus clausus an den staatlichen Universitäten nicht gepackt haben, die aber mit 2 000 Euro pro Monat von ihren Eltern versorgt werden können. Die Kasseler Linke wird in der Stadtverordnetenversammlung darauf drängen, daß der Beschluss des GNH-Aufsichtsrates zur Ausgliederung der Seniorenwohnanlagen rückgängig gemacht wird. Allerdings sagt Selbert: „Große Hoffnungen bringt dies nicht, da SPD und Grüne, die im Aufsichtsrat

wie in der Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit haben, sich stets als willenslose Abnicker der im Magistrat getroffenen Entscheidungen präsentiert haben, so zuletzt beim Beschluss über die Schließung der Stadtbibliothek.“ <http://kasseler-linke.de>

LINKS wirkt: kommunale Betriebsprüfer gegen Gewerbesteuerhinterziehung. BONN. Bonn ist wie wenige andere Kommunen von den Gewerbesteuerzahlungen örtlicher Konzerne abhängig. Steuerliche Gestaltungen bei Telekom und Co. reißen regelmäßig große Löcher in den kommunalen Haushalt. Auch vor diesem Hintergrund hat die Linksfraktion beantragt, dass die Stadt endlich auch selbst an den Betriebsprüfungen des Landesfinanzamtes in Sachen Gewerbesteuer teilnimmt. Diese Möglichkeit eröffnet das Finanzverwaltungsgesetz aus guten Gründen. Schließlich sollen sich auch VertreterInnen der Kommunen, die ein originäres Interesse an der Durchsetzung der Gewerbesteuer haben, an den Prüfungen beteiligen können und nicht nur Finanzbeamte des Landes, welches von der Gewerbesteuer zunächst gar nicht profitiert. Die Ergebnisse einer kommunalen Teilnahme an den Betriebsprüfungen der Gewerbesteuer-schuldner überraschen dann auch nicht: In Köln erwirtschaften die städtischen Betriebsprüfer laut dortiger Stadtverwaltung 1 Mio. EUR zusätzlicher Gewerbesteuererinnahmen pro Betriebsprüfer. Der Finanzausschuss ist deshalb jetzt der Initiative der Linksfraktion gefolgt. Zunächst soll zeitnah ein erster Betriebsprüfer die Arbeit aufnehmen, für eine weitere Stelle wurde die haushalterische Grundlage geschaffen. Das ist so begrüßenswert wie überfällig. Es wird Zeit, dass die Stadt endlich den örtlichen Großkonzernen auf die Finger und in die Bücher schaut, damit diese sich nicht zu Lasten der Stadt ihrer Steuerpflicht entziehen. www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles/ausdenkommunen

SÖS-Linke: Kein Geld für LBBW – Bürgerbegehren abgesagt. STUTTGART. Die Initiatoren der Unterschriftensammlung gegen die Umwandlung der städtischen Anteile an der Landesbank LBBW von stillen Einlagen in Eigenkapital haben das Bürgerbegehren gestoppt. Hannes Rockenbach, Stadtrat von SÖS, schreibt zur Begründung: „Gegen den Beschluss des Gemeinderates vom 22.11. hat die Fraktion SÖS/Linke ein Bürgerentscheid initiiert. Um dieses Bürgerbegehren abzusichern, haben wir eine einstweilige Verfügung gegen den Vollzug des Gemeinderatsbeschlusses beantragt. Sie wurde vom VGH abgelehnt mit der absurden Begründung, es lägen noch keine 20.000 Unterschriften vor und die Gemeindeordnung kenne keine aufschiebende Wirkung. Damit

wird die Ausschaltung des Bürgers legitimiert. Mit dem Vollzug des Gemeinderatsbeschlusses heute, Freitag 7.12.2012, durch OB Schuster läuft aber unser Bürgerbegehren ins Leere.“

„Wasserversorgung nicht durch die Hintertür privatisieren – Keine Mehrwertsteuer auf gemeinsame kommunale Leistungen“. BERLIN. Zu Beginn des neuen Jahres appelliert der Präsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, an die Europäische Kommission sowie an die Finanzminister von Bund und Ländern, „die deutschen Kommunen nicht durch vollkommen überflüssige und schädliche Maßnahmen mit zusätzlichen Problemen zu belasten“. Der Appell an die Europäische Kommission lautet, „auf keinen Fall die Privatisierung der Wasserversorgung durch die Hintertür einzuführen“, wie es offensichtlich durch eine Richtlinie der Kommission zu Dienstleistungskonzessionen beabsichtigt sei. Ude: „Die deutsche Bevölkerung steht mit überwältigender Mehrheit hinter der öffentlichen Wasserversorgung und besteht darauf, dass diese auch in Zukunft am Gemeinwohl und nicht an der Profitmaximierung orientiert ist.“ Stadtwerke und Wasserbetriebe erreichen rund 90 Prozent Zustimmung bei ihren Kunden, und 82 Prozent der Bürger lehnten erst kürzlich in einer Forsa-Umfrage im Auftrag des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) die Pläne aus Brüssel ab. Eine erzwungene Marköffnung beim lebenswichtigen Gut Trinkwasser, so Ude weiter, würde von der Bevölkerung nicht nur als Affront verstanden werden, sondern würde auch die Akzeptanzprobleme europäischer Institutionen steigern. Mit der EU-Richtlinie zu Dienstleistungskonzessionen würde die bisher vergaberechtsfreie Wasserversorgung einer Ausschreibungspflicht unterworfen und damit die Gefahr bestehen, dass die Belieferung der Menschen mit Trinkwasser de facto privatisiert würde. Der Appell des Städtetagspräsidenten an die deutschen Finanzminister richtet sich gegen Bestrebungen, aufgrund von Gerichtsurteilen gemeinsame Leistungen von Kommunen in Zukunft der Mehrwertsteuer zu unterwerfen. Dies würde, so Christian Ude, nichts anderes als eine finanzielle Mehrbelastung aller Privathaushalte bedeuten: „Es ist widersinnig, die Kommunen einerseits mit guten Gründen stets zur kommunalen Zusammenarbeit und Steigerung der Wirtschaftlichkeit zu ermahnen und andererseits genau solche Kooperationen steuerlich zu bestrafen.“ <http://www.staedtetag.de>

(Zusammenstellung: ulj)

Stimmen zur geplanten Schließung von Opel Bochum 2016

Zu der geplanten Schließung von Opel Bochum wird sich positioniert. Wir dokumentieren im Folgenden

- aus dem am 13.12.12 fast einstimmig beschlossenen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen im Bochumer Rat,
- aus der aktuellen Information des Betriebsrates Bochum vom 7.1.13,
- sowie aus einem Antrag an den Landesparteitag der Linkspartei NRW für den 2. Februar 2013 u.a. von Sevim Dagdelen und Sahra Wagenknecht (beide MdB Die Linke).

Der Ratsantrag stellt u.a. konkrete Forderungen zur Entwicklung der jetzt schon größtenteils freistehenden Fläche, auf der aktuell im Werk II nur noch die Getriebeproduktion stattfindet (die Autoproduktion ist im Werk I). Auf dem Gelände von Werk II ist es möglich neben der Getriebeproduktion weiteres Gewerbe anzusiedeln. Dazu müssen einige strittige Punkte aus dem Weg geräumt werden. So will die Stadt Bochum die Ansiedlung von Industrieproduktionen und strebt für die notwendige Gestaltungsmöglichkeit mehrheitlich öffentliches Eigentum an. Eine Filetierung etwa für den Eigenheimbau soll verhindert werden. Zu dieser Frage und anderen, wie die nach dem Kaufpreis und der Übernahme der Kosten für die Aufbereitung der Flächen, gibt es noch keine bekannten Positionen von GM bzw. der Adam Opel AG. Der Betriebsrat unterstützt die Ziele des Ratsantrages, die unter dem Stichwort „Bochum Perspektive 2022“ zusammen mit der Landesregierung entwickelt werden sollen. Dass sich der Betriebsrat ansonsten an jeden Strohhalme klammert, ist nur mehr als verständlich. Die Forderungen aus dem Antrag von Sevim Dagdelen, Sahra Wagenknecht u.a. dagegen sind gut geeignet, unerfüllbare Erwartungen zu bedienen und kommen eher aus den Kategorien Populismus und Propaganda. So gibt es z.B. kein Verbot von Massenentlassungen, und wird es auch nicht geben können, das für eine Beschäftigungsgarantie über 2016 hinaus sorgen könnte. Und warum nur ein Konzern in öffentlichem Eigentum in der Lage sein soll, die notwendigen Innovationen für neue Produkte, etc. zu entwickeln bleibt ein Rätsel. Aktuell würde eine Verstaatlichung von Opel doch eher eine Sozialisierung der Verluste bedeuten, aber dann immerhin mit 30-Stunden Woche. Komisch ist das nicht, weil der Eindruck entstehen kann, als versuche die Linkspartei mit zum Teil falschen Behauptungen politisches Kapital aus den Nöten der Menschen zu schlagen. Dass die Wählerinnen und Wähler klüger sind, hat allerdings die letzte Landtagswahl in NRW gezeigt.

Thorsten Jannoff

Aus dem Beschluss des Rates der Stadt Bochum

Adam Opel AG – Anforderungen an die Bochum Perspektive 2022

Die Stadt Bochum hat vor mehr als 50 Jahren durch den Verkauf eines umfangreichen Grundstückspakets an die Adam Opel AG die Grundlage für den Aufbau einer Automobilproduktion in Bochum gelegt. Die große Strukturkrise bei Kohle und Stahl drohte gerade hunderttausende Menschen im Ruhrgebiet in Arbeitslosigkeit ohne weitere Perspektiven zu stürzen. Durch die Opel-Ansiedlung fanden hier bis zu 22 000 Menschen in den Spitzenzeiten Arbeit und Lohn. Das Opel Werk war und ist ein Aushängeschild für leistungsfähige Wirtschaft und ihre Arbeitnehmer in Bochum und in der Region. Insofern sind die mit einer drohenden Einstellung der Automobilproduktion in Bochum entstehenden Probleme für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze nicht nur von lokaler, sondern mindestens von regionaler Bedeutung ...

Erhalt der Automobilproduktion: Gemeinsames Ziel der Bemühungen aller Beteiligten muss weiterhin sein, den Produktionsstandort für Opel Automobile in Bochum auch über das Jahr 2016 hinaus

zu erhalten. Dazu zählt, dass die Adam Opel AG das europäische Ersatzteillager in Bochum weiter ausbaut und die geplante Komponentenfertigung am Standort Bochum kurzfristig realisiert. Die Getriebeproduktion im Werk II sollte über den 31.12.2013 hinaus erhalten bleiben. An der Erreichung dieser Ziele wollen die Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt Bochum verantwortlich mitwirken. In diesem Zusammenhang wird die Strategie, Bochum zu einem Kompetenzzentrum für Elektromobilität auszubauen, weiterverfolgt und verstärkt. Besonders das in der Testphase befindliche BoMobil (Elektro-Kleintransporter auf der Basis von Opel-Modulen) soll weiter entwickelt werden. Auch hier ist die Unterstützung des Landes NRW notwendig. In Bochum existieren eine Reihe von Unternehmen, die zumindest teilweise als Zulieferer und Dienstleister für Opel tätig sind. Sie werden auf absehbare Zeit in Bochum ansässig bleiben. Ziel einer Wirtschaftsförder-Strategie muss sein, diese Firmen in Bochum zu halten und sie

bei der Erschließung neuer Absatzfelder und der Entwicklung neuer Produkte zu unterstützen.

Neue Arbeitsplätze: Die Entwicklung des Opel-Werks II in Bochum Langendreer kann hierbei als wesentlicher Baustein zur laufenden Kostenentlastung von Opel dienen und gleichzeitig neue Arbeitsplätze schaffen. Die Voraussetzungen sind gut, sie dürfen aber nicht durch einzelne von der Gesamtentwicklung der Fläche losgelöste Teilvermarktungen attraktiver Flächen konterkariert werden. Mit der Entwicklung der Opelflächen muss vielmehr ein Beitrag zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur Bochums, der Region wie auch des Landes NRW geleistet werden. Dies setzt ein mit der Stadtplanung abgestimmtes, gemeinsam erarbeitetes Nutzungskonzept voraus. Das Berufs- und Ausbildungszentrum ist für die verbleibenden und künftig am Standort Bochum entstehenden Arbeitsplätze zu erhalten. Die Stadt Bochum initiiert gemeinsam mit weiteren Akteuren (besonders Arbeitsagentur) die Entwicklung von Konzepten zur Qualifizierung von Arbeitnehmern. Die Programme starten so bald wie möglich. Es wird erwartet, dass Opel sich hier engagiert, zum Beispiel durch Freistellungen und die Bereitstellung von Räumlichkeiten/Werkstätten.

Grundstückseigentum in die öffentliche Hand: Um dies auch langfristig zu sichern und nicht wandelbaren Unternehmensentscheidungen beispielsweise der Konzernmutter zu unterwerfen, müssen die betrieblich dauerhaft nicht mehr benötigten Betriebsflächen spätestens nach einer Grundlagenrecherche und einer Planungsphase in ihrer Gesamtheit der vorgeschlagenen und gemeinsam von Opel und der Stadt Bochum (mindestens 51 Prozent) getragenen Gesellschaft übereignet werden. Opel wird aufgefordert, die Ergebnisse der bereits laufenden Grundlagenrecherche (Altlasten, Baugrund, Abbruch und/oder Erhalt von Gebäuden) kurzfristig vorzulegen. Mit den Instrumenten des Planungs- und Baurechts ist sicherzustellen, dass keine unerwünschten Entwicklungen zugelassen werden. Dies sind auch Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von Fördermitteln. Die Betriebsdeponie auf dem Werksgelände II muss ordnungsgemäß und landschaftsverträglich gestaltet abgeschlossen und gesichert werden, Kosten für diese Deponie dürfen auch in Zukunft auf die Stadt Bochum weder direkt noch indirekt zukommen ...

Entwicklungskapital: Für die anstehende Entwicklungsaufgabe werden Finanzmittel in erheblichem Umfang benötigt. Schon für Untersuchungen, Planungs- und Erschließungskonzepte usw., aber auch für die Umsetzung, also Abbruchmaßnahmen, Bodenaufbereitung, Gründungs- und Erschließungsmaßnahmen ist angesichts der zu erwartenden Größenordnung ein Finanzbeitrag von

Opel zu leisten. Dabei ist auch der damalige günstige Kaufpreis der Grundstücke zu berücksichtigen. Der Beitrag von Opel muss sich daran orientieren, was bei Aufgabe eines Betriebsstandortes und Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand notwendig wäre ...

Landesplanerische und regionalplanerische Sicherung: Wie alle Werksflächen der Adam Opel AG in Bochum ist das Werk II im regionalen Flächennutzungsplan RFNP als Industrie- und Gewerbefläche mit überregionaler Bedeutung eingetragen. Wohn- oder Einzelhandelsnutzung sind damit ausdrücklich ausgeschlossen. Der Rat der Stadt Bochum fordert das Land NRW auf, im Rahmen der Landesentwicklungsplanung diesen Status sicher zu stellen und fortzuschreiben ...

Die Ansiedlung von Unternehmen der Produktionswirtschaft oder ähnliche Nutzungen im gewerblichen Bereich haben Vorrang. Durch eine intelligente innere Erschließung sollen die neuen, überregional bedeutsamen Gewerbeflächen optimal mit neuer Standortqualität an den Außenring angeschlossen werden, um den Verkehr aus den Wohngebieten fernzuhalten.

Aus der Betriebsratsinformation

Zur Zukunft von Opel-Bochum

... Im August 2012 berichtete die FAZ, dass in einem ihr vorliegenden vertraulichen Produktionsanlaufplan alle Modellanläufe und Produktionsstandorte bis 2020 detailliert verzeichnet seien. In diesem Papier war für Bochum die zukünftige Zafira-Produktion und die Möglichkeit einer Verlagerung des derzeit in Korea produzierten kompakten Geländewagens Opel-Mokka nach Bochum vorgesehen. Andere Wirtschaftszeitungen berichteten ebenfalls darüber. Es gab nie ein Dementi von Opel. Im Gegensatz zu den bisherigen Planungen gibt es nun vertrauliche Planspiele, den neuen Zafira ab 2017 in Rüsselsheim zu bauen. Soll darum Bochum geschlossen werden? Opel-Bochum hat eine hohe Produktionsflexibilität, moderne Fertigungseinrichtungen, ein eigenes Presswerk und Komponentenproduktion, sanierte Freiflächen für zusätzliche Geschäftsfelder und die jüngste Opel-Belegschaft in Deutschland mit hoher Qualifikation (Zitat Bundesregierung). Der neue Zafira, der Mokka oder Chevrolet-Modelle können in Bochum produziert werden ...

Kosten der Werksschließung? Nach vorsichtigen Schätzungen würde eine Werksschließung 500 Millionen bis 1 Milliarde Euro kosten. Ein Großteil davon sind Sozialplankosten, bedingt durch die Altersstruktur und Betriebszugehörigkeit. Weitere Kosten entstehen durch Bergbauschäden, Umweltbelastungen, Sanierungen. Dies würde GM bzw. Opel jahrelang belasten. Diese

Kosten entstehen nicht bei der Fortsetzung der Autoproduktion. Das Unternehmen war bisher nicht willens oder fähig, die genauen Kosten vorzulegen. Es könnte die teuerste Werksschließung für GM werden.

Gibt es Alternativen? Zwischen General Motors, NRW-Landesregierung und Kommune sollen im Projekt Ruhr „Bochum Perspektive 2022“ Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung vereinbart werden. Wir unterstützen das Projekt. Unsere Vorgabe lautet: Kein Abwickeln sondern Entwickeln von Opel-Bochum. Bochum braucht eine Perspektive als Fahrzeugwerk, Produzent für Komponenten, alternative Produktion, z.B. e-Mobilität sowie den Ausbau des Ersatzteillagers.

Zur Zukunft der Getriebefertigung?

Auf Antrag der Geschäftsleitung wurde Ende 2012 die Einigungsstelle zur Getriebefertigung angerufen. Die Geschäftsleitung legte einen Schließungsplan für die Getriebefertigung für 2013 vor. Es kam sofort zu massiven Protesten in allen Bochumer Werksteilen und auf allen Schichten. Unter Vorsitz von Herrn M. Bertzbach, Präsident des Landesarbeitsgerichts Bremen a.D., tagte am 12. Dezember 2012 die Einigungsstelle. Es gab u.a. folgendes einstimmiges Ergebnis:

Die Einigungsstelle wird einvernehmlich ruhend gestellt.

Die Parteien vereinbaren, auf betrieblicher Ebene Gespräche über die Situation zu führen.

Damit ist die Gefahr für Werk II nicht vom Tisch, aber wir haben Zeit für Verhandlungen gewonnen ...

Aus dem Antrag an den Parteitag Die Linke NRW

Eine Zukunft für Opel Bochum – Die Linke NRW steht an der Seite der Menschen im Ruhrgebiet und in NRW!

... Die Krise bei Opel ist zum einen durch GM hausgemacht und zum anderen ist Opel Bochum das erste größere Opfer der europäische Kürzungsdiktate von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Deutschland. Zwar sank der Absatz von Opel im ersten Halbjahr 2012 um 15 Prozent auf 457.630 Fahrzeuge und der europäische Marktanteil ging von 7,6 auf 6,9 Prozent zurück. Opel bleibt aber nach wie vor nach VW und Renault die meistverkaufte Marke in Europa. Kern des Problems ist allerdings der massive Einbruch der Konjunktur im Süden Europas, wo die Austeritätspolitik von Merkel und Co die Märkte in Südeuropa und Frankreich regelrecht zerstört haben ... Während andere Automarken Teile des europäischen Verlusts durch verstärkte Aktivitäten auf den neuen Märkten wie China und Indien abfederten, ist dies für Opel nicht möglich, da GM den Export von Opel in diese

Länder administrativ verhindert hat, um seine eigenen Zahlen zu verbessern. So hat General Motors im letzten Jahr, 2011, den größten Gewinn in über 100 Jahren seiner Unternehmensgeschichte gemacht und auch 2012 schwarze Zahlen in Milliardenhöhe geschrieben. Die roten Zahlen von Opel sind demnach die schwarzen Zahlen von GM. Dieser Zangenangriff gefährdet nicht nur das Unternehmen in Bochum, sondern Opel insgesamt. Insofern muss sich der Kampf um den Erhalt des Werkes gegen den Zangenangriff des GM-Managements und der Bundesregierung richten. Der Kampf der Beschäftigten um den Erhalt von Opel ist auch ein Kampf gegen Merkels Kürzungspolitik...

Deshalb fordert Die Linke NRW:

1. Eine Beschäftigungsgarantie für die Beschäftigten bei Opel Bochum über 2016 hinaus. Dafür sollte das Instrument eines Verbots von Massenentlassungen genutzt werden.

2. Bei GM und Opel muss eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich eingeführt werden.

3. Die Bundes- und Landesregierung sind gefordert gemeinsam mit den betroffenen europäischen Regierungen eine Strategie für die Opel-Standorte zu finden, anstatt weiterhin auf ruinöse Standortkonkurrenz und Subventionshopping zu setzen. Dies gilt auch für die Erarbeitung eines Zukunftskonzepts.

4. Mittelfristig führt kein Weg daran vorbei, die Produktion umzustellen. Die weltweiten Überkapazitäten auf dem Automobilmarkt und der ökologische Wandel machen neue Produkte und auch andere Produktionsweisen notwendig. Ein zukunfts-gewandter sozial-ökologischer Mobilitätskonzern am Standort Bochum kann aber nur durch eine Umwandlung in öffentliches Eigentum entstehen

5. Die Eigentumsverhältnisse bei Opel müssen grundlegend verändert werden. Die Beschäftigten müssen entscheidenden Einfluss auf die Unternehmenspolitik bei Opel gewinnen. Nach dem Vorbild des VW-Gesetzes sollen in der Folge bei Opel durch eine Beteiligung des Bundes und der Länder Gewerkschaften und Beschäftigte bei Opel über wesentliche Fragen mitentscheiden können.

6. Voraussetzung für Staatshilfen bei Opel ist die Verknüpfung mit einem Einstieg der Bundes- und Landesregierungen bei Opel. Sie sind darüber hinaus nur zu gewähren, wenn das Unternehmen im Gegenzug auf Stellenabbau im In- und Ausland, Lohnkürzungen und Dividendenzahlungen verzichtet.

7. Es braucht ein Sofortprogramm zur Armutsbekämpfung gerade auch für das Ruhrgebiet. Massenentlassungen müssen verhindert werden. Um die dramatisch anwachsende Armut im Ruhrgebiet zu stoppen, muss hier sofort gehandelt werden ...

GEW-Protest auf dem Stuttgarter Schloßplatz

(PM GEW) Am Rande der zweiten Beratung des Doppelhaushalts 2013/14 im Landtag hat die GEW am 13.12. auf dem Schloßplatz in Stuttgart mit Delegationen aus dem ganzen Land gegen die geplanten Kürzungen der Landesregierung protestiert. Etwa 1.300 Teilnehmer/innen machten sich für bessere Bildungsreformen stark und bildeten eine Lichterkette vom Finanz- und Kultusministerium bis zum Landtag. (Bild: Die Linke Baden-Württemberg)

„Es ist erschreckend, der Landtagsdebatte über Bildungspolitik zuzuhören. Die Bildungspolitik von CDU und FDP ist 2011 zu Recht abgewählt worden. Der Bildungspolitik von Grünen und SPD wird das Gleiche 2016 passieren, wenn die Regierung weiter auf dem Rücken der Kinder und Jugendlichen spart und ohne klares Konzept bildungspolitisches Stückwerk produziert. Fast zwei Jahre nach der Wahl warten Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte weiter auf klare Aussagen, welche Reformen an KiTas und Schulen bis 2016 tatsächlich umgesetzt werden“, sagte am Freitag (14.12.) Doro Moritz, Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Baden-Württemberg.

Die Bildungsgewerkschaft GEW vermisst in der Landesregierung und den Regierungsfractionen eine Lobby für die Bildungseinrichtungen im Land. „Von der versprochenen ‚Bildung für alle‘ im Koalitionsvertrag ist nur das Papier übrig geblieben. Während für andere grüne Ziele Geld da ist, wird im Haushalt des Kultusministeriums konzeptionslos gestrichen. Offenbar sind in den Regie-

rungsfractionen die Bildungspolitiker aufs Abstellgleis geschoben worden und das Kultusministerium kann sich bei den Verhandlungen am Kabinettsstisch nicht durchsetzen“, sagte Moritz.

Will die baden-württembergische Landesregierung nur einen ganz kleinen Teil ihrer bildungspolitischen Reformvorhaben umsetzen, gibt es bis 2016 keinen Spielraum für Stellenstreichungen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Lehrbedarfsprognose des Essener Bildungswissenschaftlers Klaus Klemm. Die GEW-Chefin nennt die Bildungspolitik planlos: „Die Landesregierung weiß nicht, welche Reformschritte sie bis zum Ende der Wahlperiode umgesetzt haben will. Sie weiß nur, dass sie Lehrerstellen



streichen will. In den vergangenen Jahren wurden zum Beispiel mühsam Instrumente zur Qualitätsentwicklung in den Schulen aufgebaut, die jetzt einfach gestrichen werden sollen. Wie sollen die vielen Reformpläne umgesetzt werden, wenn Lehrkräfte dafür nicht qualifiziert werden und ausreichend Zeit für die Umsetzung in den Klassenzimmern bekommen“, sagte Moritz.

Europäischen Arbeitszeitrichtlinie: Time out

Nach einjährigen Verhandlungen haben der EGB und die europäischen Arbeitgeberverbände die Verhandlungen zur Revision der europäischen Arbeitszeitrichtlinie abgebrochen (s. A. PB 12/2012; S. 19). Zuvor hatte der EGB auf seiner Exekutivausschusssitzung am 5./6. Dezember beschlossen, die Verhandlungen abbrechen. Dies geschah vor allem vor dem Hintergrund, dass keine Einigung bei der Bewertung von Bereitschaftszeiten zustande kam. Ebenfalls lehnte der EGB die von Arbeitgeberseite gemachten Vorschläge zum sogenannten Opt-out (der individuellen Erklärung einzelner Arbeitnehmer, dass die Arbeitszeitgrenzen für sie nicht anwendbar seien) ab.

Auf der homepage des EGB findet sich zu dem Vorgang lediglich eine dürre Pressemitteilung, in der ausgesagt wird, dass die „unausgewogenen“ Vorschläge der Arbeitgeberverbände weitere Ver-

handlungen unmöglich machen. In einer gemeinsamen Pressemitteilung erklären die Arbeitgeberverbände ihrerseits, eine klare Abgrenzung zwischen Bereitschaftszeit und Arbeitszeit sei notwendig, man bedauere den Ausstieg der Gewerkschaften und sei zu weiteren Verhandlungen bereit.

Was beinahe wie Geheimverhandlungen begonnen hatte, wird nun in gleicher Manier beiseite gelegt. Für die Mitgliedschaft der Gewerkschaften war zu keinem Zeitpunkt nachvollziehbar, was der Stand der Verhandlungen war. Meinungsbildung und Einflussnahme auf die öffentliche Meinung: ausgeschlossen. Die vorgesehene Verhandlungsperiode endete am Ende des Jahres also ohne Ergebnis. Der Ball ist damit an die Europäische Kommission zurückgespielt worden, die sich nun mit einem neuen Richtlinienentwurf an das Parlament wenden wird. *Rolf Gehring*

Thesen zur Kommunikationsstrategie

VORBEMERKUNG: Ich beschreibe hier Tendenzen!

THESE 1: Die Linke konnte zu Bundestagswahlen deutlich über ihre Kernwählerschaft hinaus mobilisieren, als es wirklich große **Verteilungskonflikte** um Ressourcen gab. Das war zur Wahl 2005 der Fall. Prägnantester Ausdruck fand der Konflikt im Unwort „Hartz IV“, es drohte ein Verlust an Ressourcen für viele. Zur Bundestagswahl 2009 ging es einerseits um Verluste bei Renten, das Stichwort war „Rente mit 67“. Andererseits antizipierten die Menschen Gewinne durch eine gute Konjunktur 2010. Im Herbst 2009 waren die Konjunkturerwartungen so hoch wie seit zehn Jahren nicht (Deutschlandtrend Nov. 2009). In diesen Situationen vertrat Die Linke zum einen den Standpunkt sehr vieler Betroffener. Zum andern bot sie sich zur Wahl an, um Druck auf die SPD zu machen.

Einen solchen Verteilungskonflikt haben wir aktuell nicht. Daher entfällt für viele die Notwendigkeit, durch die Wahl der Linken Druck auf die anderen, speziell die SPD, aufzubauen. Hinzu kommt erschwerend, dass die andern Parteien verbal und faktisch daran arbeiten, die größten Härten kleinteilig, also für einzelne Betroffenenengruppen, etwas abzumildern. Das bedeutet keineswegs, dass Die Linke zur Bundestagswahl 2013 nur mit dem „harten Kern“ ihrer Wählerschaft rechnen darf. Eine darüber hinaus gehende Wählermobilisierung sollte möglich sein. Dazu gilt es die aktuelle Konfliktlage um die soziale Gerechtigkeit abzubilden. Aber wenn es nicht der akut drohende Verlust von Anrechten und Ansprüchen oder der angemessene Anteil an einem frisch gebackenen Konjunkturkuchen ist – was ist es dann?

THESE 2: Der aktuelle Verteilungskonflikt, so wie er sich im Massenbewusstsein widerspiegelt, scheint mir einer um das „rechte Maß“ der Verteilung des Reichtums zu sein. Das betrifft einmal die generelle Verteilung innerhalb der Gesellschaft. Es ist immer ein „Zuviel“ bei den einen, ein „Zuwenig“ bei den andern, das beklagt wird. Dabei geht es nicht nur um die sogenannten Armut- und Reichtumsschere, die sich öffnet. Es geht darum, dass die jeweiligen Korridore, innerhalb derer die Menschen, entsprechend der Leistung oder anderer Kriterien, verschiedenen sozialen Gruppen Anteile, Gehälter, Renten, Sozialleistungen usw. zubilligen, verlassen werden: Dass die da oben so viel bekommen ist *nicht in Ordnung*. Von so wenig Hartz IV kann man wirklich nicht leben. Für unter 5€ die Stunde Vollzeit arbeiten – das geht

nicht usw. usf. Hier ist etwas aus den Fugen. Das ist *sozial ungerecht*.

Dann aber wird der Konflikt auch als unmittelbar eigener erlebt. Überall werden, die eigenen Einkünfte und Kosten betreffend, Grenzen überschritten, Maßlosigkeiten erlebbar. Wenn die Mieten auf einen bestimmten Anteil am Einkommen steigen. Wenn die Strompreise steigen, ohne dass das durch Einkommenszuwächse ausgeglichen wird. Gas, Wasser dito. Wenn Benzin so teuer wird, dass man sich das notwendige zweite Auto, die Fahrt zur Arbeit, die Wege zur Kita usw. immer schwerer leisten kann. Gesundheitskosten, Pflege, Studiengebühren, Klassenfahrten, Kita usw. usf. Dann sind das Grenzüberschreitungen, Maßlosigkeiten, soziale Ungerechtigkeiten en detail.

THESE 3: Es geht bei dem aktuellen Verteilungskonflikt aber nicht nur um verlorene Maße, sondern auch um soziale Beziehungen und Verhältnisse der Menschen in Deutschland. Die massenhaften Ansprüche auf sozial gerechte Verteilung des Reichtums ist auf ein diesem Land in der Nachkriegszeit eingeschriebenes **Versprechen** gegründet. Dieses Versprechen lautet: Wenn sich alle nur recht anstrengen, gut lernen und hart arbeiten und nicht über ihre Verhältnisse leben, dann wird der Wohlstand des Landes wachsen und jede/r hat die Chance, nach eigener Leistung einen Anteil am Reichtum zu erlangen. Und für alle großen Risiken sind alle gut abgesichert. Erlebt wird heute massenhaft, dass dieses Versprechen immer schwerer, für viele überhaupt nicht mehr eingelöst werden kann. Das ist der eigentliche Kern der Erzählung von der sozialen Ungerechtigkeit. Gilt dieses Versprechen nicht mehr, ist der Gesellschaftsvertrag für die Menschen geplatzt. (Das meine ich nicht analytisch, sondern lebensweltlich, auf die Reflexionen der Menschen bezogen).

THESE 4: Die Linke sollte, das wäre ihre **erste Kommunikationslinie**, auf die Einhaltung dieses Versprechens bestehen. Die **erste Botschaft** lautet: Dieses Versprechen wird nicht mehr eingelöst. Wir aber bestehen darauf! Genau darum wären die Verteilungsverhältnisse wieder ins rechte Maß zu setzen. Es wäre zu zeigen, was ein Leichtes wäre, dass andere Parteien, auch Gewerkschaften und andere Interessenverbände, dieses Versprechen nur für Teile der Gesellschaft einzulösen wünschen. Wir bestehen darauf, dass es für alle gilt und heben jene besonders heraus, die aus Erfahrung daran schon nicht mehr glauben. Das geschieht dann zielgruppenspezifisch. Leistung, Aufwärtsentwicklung und

Aufstieg bei sozialer Absicherung, so heißt es in der Wahlstrategie unter der Überschrift: Die Linke steht für eine neue soziale Idee. Die neue soziale Idee ist also so neu nicht. Sie aber als eine ungeheuer lebendige Idee zu begreifen, die mobilisierende Kraft, die ihr inne wohnt, zu entfesseln, das ist allemal genug Neuigkeit im politischen Wettbewerb in Deutschland. Wir haben es bei der jüngsten Präsidentschaftswahl in den USA gesehen, dieser Traum „Wir können es schaffen, Du kannst es schaffen!“ ist so mächtig, soviel er sich auch blamiert und in Schaum aufgelöst haben mag in Jahrzehnten. Besonders interessant wird es, wenn Die Linke dabei auch all jene Diskurse und Ideen aufnimmt, die Begriffe wie Wachstum, Wohlstand, Leistung, Arbeit und Sicherheit progressiv neu bestimmen.

Diese Geschichte des Verteilungskonflikts ist aber nur die halbe Wahrheit. Sie gilt zu 100%. Es gibt aber noch eine zweite Geschichte. Die handelt von der Krise. Beide Geschichten stehen nebeneinander, teils verwoben, teils nicht. Ich werde aus heuristischen Gründen, um die Komplexität der Krise zu reduzieren, gelegentlich das Modell einer drohenden Naturkatastrophe, gut in Erinnerung: das Hochwasser 2002, benutzen.

THESE 5: In Krisen geraten Gesellschaften, Wirtschaften generell, aber eben auch Branchen, einzelne Betriebe usw., unter Druck. Entsprechend verändern sich Interessenlagen. (Dass man einen Interessenkonflikt haben könnte, merkten einige Ortschaften in Brandenburg erst, als sie ihre Lage als von wenigen Höhenmetern Unterschied abhängig erkannten). Es strukturieren und gruppieren sich Interessen um. Durch große Interessenorganisationen (Verbände) in Nichtkrisenzeiten zu **Gesamtinteressen** aggregierte **Partialinteressen** kommen stärker zur Geltung. Das betrifft die großen Einzelwirtschaftsverbände ebenso wie Einzelgewerkschaften, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber.

Die Folgen: Einmal wollen Partialinteressen einzeln, klientelistisch bedient werden. Das tut die Bundesregierung, die Opposition tut es in Form von Wahlversprechen. Es werden viele einzelne, manchmal sehr kleine Päckchen gepackt. Das ist eine sehr wichtige Frage. Hier haben zweifellos all die Parteien einen Vorteil, die in den Augen der betroffenen Menschen mit großer Wahrscheinlichkeit politisch zum Zuge kommen werden, nach der Wahl 2013 ihre Versprechen, seien sie auch nur 46 Euro beim Regelsatz Hartz IV. Das zählt.

Zum anderen entstehen neue Gesamtinteressen über bisherige soziale

Barrieren hinweg. Es sind vom Grundcharakter her **Sicherheitsinteressen**:

- **Ordnung, Stabilität, Geld und Arbeit** werden als bedroht erlebt. Garantien sind gefragt, wirtschafts- und besonders industriepolitische Kompetenz, auch finanzpolitische Kompetenz.

- **Soziale Sicherungen** werden aufgewertet. Renten, Gesundheit, Wohnung, Energie und Mobilität. Sozialstaatliche Kompetenz ist wichtig.

- **Sozialer Zusammenhalt**, Zusammenhalt, Soziale Gerechtigkeit sind gefragt. Wertekompetenz und Glaubwürdigkeit.

Die Linke sollte natürlich *wie bisher* jeweils Partialinteressen ihrer Klientele bedienen, die kleinen, aber so wichtigen Verbesserungen der Lebenssituation vieler, besonders sozial in schlechter Lage sich befindlichen Menschen zu verbessern suchen. Und sie sollte *weiterhin* mit (1) finanz-, wirtschafts- und industriepolitischen Ideen, (2) sozialstaatlichen Garantien und Reformen und (3) Werten wie Gerechtigkeit, Solidarität, Gemeinschaft offensiv in den Wahlkampf ziehen.

Bis hierhin ist die zweite Geschichte, die von der Krise, noch eng mit der ersten Geschichte vom Fortschritt und besserem Leben verwoben. Der Kern wird erst erkennbar, wenn man versteht, wie sich Gesellschaft und Politik in der Krise (um)formieren.

THESE 6: Die Sicherheitsinteressen übergreifen weite Teile der Gesellschaft, betreffen mehr Menschen als in Nichtkrisenzeiten. Sie formieren eine neue, breite „Mitte“. **Die neue „Mitte“ ist eine Notgemeinschaft im Angesicht**

der drohenden Krise. Man rückt zusammen, wie es bei dem Jahrhunderthochwasser 2002 in Mitteldeutschland, aber weit darüber hinaus auch geschah. Noch hält der Deich. Und alle arbeiten hart, dass das so bleibt.

Die großen Parteien einschließlich der Grünen reagieren darauf, indem sie diese soziale Konstruktion, um sie kämpfend, verstärken. Sie rücken dabei, bei den Issues, ihren politischen Positionen und Konzepten näher zusammen. Kein Zweifel, dass auch DGB-Chef M. Sommer die große Koalition als die dem Hochwasser angemessene Regierung sah und nun wieder fordert.

THESE 7: Das wird von der neuen „Mitte“ goutiert. Politische Führung in Krisenzeiten hat, wie beim Hochwasser 2002, eigene Gesetze. Allein die beiden großen Parteien binden aktuell fast 70 % der Wählerschaft, mit den Grünen etwa 85 %. Das ist ein ungewöhnlich starker Anstieg seit der BTW 2009, wo Union und SPD 57 % binden konnten. Die kleinen Parteien sind zurück gefallen unter 10 %. (FGW)

THESE 8: Die Linke kommt nur dann wieder ins Spiel, d. h. in die Wahl weiterer Wählerschaft, wenn sie glaubwürdig einen Beitrag zur Bewältigung der Krise, d.h. vor allem zum Schutz vor deren Folgen zu leisten gewillt und fähig ist. Das wäre die **zweite Kommunikationslinie**, deren **Botschaft** wäre: Die Linke ist bereit und fähig, **ihren** Beitrag in der Krise zu leisten.

Der **Beitrag der Linken** zu der gemeinsamen Anstrengung, die Krise zu meistern, wäre gefragt. Nicht der Fingerzeig auf Schuldige, nicht große Reformpläne. *Alles zu seiner Zeit.* Die

Linke kann nicht die neue Mitte, die, hart gegen die Krise anarbeitend und darin in den großen Parteien ihre politische Führung sehend, düpieren. Das ist zunächst anzuerkennen. Sonst wird man des Platzes verwiesen.

Und ein zweiter Gedanke sollte leitend sein. Die Schweizer haben in ihrer politischen Tradition ein Wort, Konklusion, das ihnen wichtig ist. Die **Konklusion** bedeutet, auf unseren Fall angewandt, bei allem, was in der Krise getan wird, abschließend die Frage zu stellen: Trägt diese Maßnahme zur **Stärkung des (sozialen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen) Zusammenhalts** (in der Region, in Deutschland, in Europa) bei? Darauf sollten dann die Vorschläge der Linken ausgerichtet sein.

THESE 9: Hier könnten die beiden Kommunikationslinien der Linken wieder zusammen geführt werden. Im Bild des Hochwassers: Der Deich hält, dank der harten Arbeit vieler, auch der gebrachten Opfer. Aber das reicht nicht. Das Wasser sickert durch, unten im Haus haben viele schon länger nasse Füße und es geht ihnen nicht gut. Einige helfen nicht mit, leisten nicht ihren Beitrag. Und so manche Ortschaften vor dem Deich (Europa!) hat man schon eigennützig absaufen lassen.

Die Linke hat EIGENE Kraft und Ideen, die Krise zu bewältigen zu helfen und das Versprechen des Landes auf wohlverstandenen Wohlstand und Aufstiegschancen FÜR ALLE seine Einwohner einzulösen. Das wäre die Botschaft. Wir helfen mit, soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

Dr. Harald Pätzolt, 12.12.2012

Die Freiburger Fraktion unabhängiger Listen hat zur Mitte der kommunalpolitischen Amtszeit eine Zwischenbilanz publiziert (8 Seiten, Zeitungsformat, im Internet unter: http://www.unabhaengige-listen-freiburg.de/gr-fraktion/pdf_pool/12-11-30_UL3_Zeitung%2018.11.2012.pdf). Wir drucken hier den Einleitungsbeitrag und das Inhaltsverzeichnis* ab.

Breite Kommunalpolitische Strategiediskussion eingeleitet

Freiburg: Zukunft der Stadt

Freiburg hat einen Flächennutzungsplan, Stadtteilentwicklungspläne oder -leitlinien, Freiburg hat einen Kulturentwicklungsplan und einen Sportentwicklungsplan. Aber jedes 5. Kind in Freiburg wächst in Armut auf. Wo bleibt der Sozialentwicklungsplan?

Freiburg hat sich gewaltige Ziele im Klimaschutz gesetzt: Bis 2050 will Freiburg eine klimaneutrale Kommune sein, den Energieverbrauch halbieren und Strom und Wärme ausschließlich aus erneuerbaren Energien produzieren. Bis 2020 hat Freiburg einen Ausbauplan des ÖPNV mit vier neuen Stadtbahnlinien beschlossen.

Zugleich steigen die Mieten und die Zahl derer wächst, die bezahlbaren Wohnraum suchen. Der Gemeinderat diskutiert endlich ein Handlungsprogramm Wohnen.

Aber was fehlt ist ein Konzept, das diese unterschiedlichen Vorhaben mit den sozialen Aufgaben der Stadt zusammenbindet, das notwendige

Umsteuern beim Wohnungsbau berücksichtigt und die Freiburger Bürgerinnen und Bürger verantwortlich in die nachhaltige Zukunftsplanung einbezieht: In welcher Stadt wollen wir leben?

Wir lesen, dass Freiburg eine wachsende Stadt bleiben wird. Bis 2030/40 wird die Bevölkerung von jetzt 215 000 auf 230 000 EinwohnerInnen wachsen. Schon jetzt leben viele Nationalitäten in der Stadt, derzeit rund 35 000 mit ausländischem Pass, weit mehr mit Migrationshintergrund. Auch ihre Zahl wird weiter wachsen. Rund ein Viertel aller Haushalte mit Kindern wird von Alleinerziehenden geführt. Dies sind in den meisten Fällen Frauen.

* S. 1: 3 Listen – eine Fraktionsgemeinschaft. Zukunft der Stadt • S. 2: Wohnen ist zu teuer • Streubesitz in Kinderhand! • S. 3: Quartiersarbeit ausbauen • Energetische Sanierung – nicht auf Kosten der Mieter • Jugendhilfe in Freiburg • S. 4: Haushaltsdisziplin. Neues Rathaus • Kitas: Bessere Bedingungen für Kinder + Erzieherinnen • Sozialticket für Freiburg – Wir lassen nicht locker • S. 5: Stadt mit mehr Eigensinn! • Gestaltungsbeirat und Kunstkommission. Kultur tanken • S. 6: Unabhängige Listen für Meinungsfreiheit und Toleranz. Zur Geschichte und aktuellen Lage der Roma • UL lehnt Stadtschierfs ab • S. 7: „FrauenStärken im Quartier“ – Ein super Projekt! • Zeit, dass sich was dreht: Für eine „barrierefreie Stadt“ • Familienhebammen für frühe Hilfen • S. 8: Frauenpolitik ist unverzichtbar

Ihnen muss besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung zuteil werden. Und: 2030 werden in Freiburg rund 20% Menschen über 65 Jahre alt sein. Neue, gemeinschaftliche, generationenübergreifende Wohnformen wollen ihr Nischendasein verlassen. Die Stadt muss auch dieser Generation gerecht werden.

Wir brauchen Ideen und Visionen, die diese Probleme aufgreifen. Die Erfahrungen einer nachhaltigen Entwicklung im Quartier, wie sie im Vauban gemacht wurden, müssen in diese Gesamtstrategie ebenso eingehen wie die Ansätze von stadtweiter Vernetzung vieler Gruppen, die sich um nachhaltige kommunale Entwicklung und Eine-Welt-Ansätze bemühen. Insbesondere die benachteiligten Quartiere müssen gefördert werden, dazu zählt der Ausbau der in Freiburg stiefmütterlich behandelten Quartiersarbeit mit sozialen

und kulturellen Angeboten.

Die UL möchte die bisherige Wirtschaftsförderung in Freiburg neu ausgerichtet sehen, und zwar unter sozialen, kulturellen und frauenfreundlichen Gesichtspunkten. An Stelle der Devise „immer mehr von allem“, mehr Touristen, mehr Übernachtungen, mehr Arbeitsplätze (egal wie bezahlt), wird es in Zukunft darum gehen, kleine und mittlere, kreative Ansätze zu fördern, einzeln und genossenschaftlich und den „weichen Standortfaktoren“ besondere Beachtung zu schenken (Wohnmöglichkeiten, soziale Infrastruktur, kulturelle Möglichkeiten, politische Verhältnisse wie Menschenrechtsachtung, Beteiligungsmöglichkeiten und Kooperationsbereitschaft der Behörden).

Anstatt kommunales Bauland an Bauträger zu verkaufen, wird die Stadt

dafür sorgen müssen, dass auf städtischem Grund nur noch das gebaut wird, was die Stadt braucht: zu aller erst bezahlbaren Wohnraum für Menschen, die hier leben und dringend eine Wohnung benötigen. Baugruppen, kleine Genossenschaften, soziale und ökologische Wohnformen, das alles bedarf gezielter Förderung durch die Stadt. Liegenschaftspolitik als Haushaltssanierung muss der Vergangenheit angehören.

Ziel der UL ist darüber eine stadtweite Diskussion, weil es sträflicher Leichtsinns wäre, diese Debatte ausschließlich dem Gemeinderat zu überlassen – der sie auch nicht führt. Denn in Freiburg fehlt ein zusammenfassender Stadtentwicklungsplan, ein langfristiges Entwicklungskonzept mit Leitlinien für die mittel- und langfristige Planung.

Michael Moos

Tagungsbericht

Linke Baden-Württemberg diskutiert über die Eurokrise

Thodoros Paraskevopoulos, Wirtschaftswissenschaftler und Berater der Parlamentsfraktion von Syriza sprach am 1. November auf der Tagung zur Eurokrise.

Für die Tragödie – er wies auf die Folgen für Kinder, Gesundheit und Bildung sowie auf die extreme Armut hin – sei unter anderem die Aufbauweise von EU und Eurozone, der Konkurrenzkampf zwischen den Ländern, Regionen, Städten und Gemeinden um Investitionen verantwortlich. Syriza wolle aber keinen Rückfall in Kleinstaaterei, habe sich im Gegenteil für die Aufnahme Kroatiens in die EU ausgesprochen. Forderungen nach dem Ausstieg Griechenlands hätten sich erledigt. Es müsse vielmehr der Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern und Regionen angestrebt werden. Reiche zahlen für ärmere Länder!

Hier in Stichpunkten die Ausführungen von Thodoros Paraskevopoulos:

Rettungsplan der EU. Um die Ziele des sogenannten Rettungsplans der EU zu erreichen, müsste der Staat seine Schulden bis 2020 von rund 155 auf 120 Prozent des Brutto sozialprodukts senken. Das heißt: Der griechische Staat müsste nun jedes Jahr weit mehr einnehmen, als er ausgibt – und das mitten in der schwersten Wirtschaftskrise.

Privatisierung keine Lösung. Es wird oft gesagt, dass durch den Verkauf öffentlichen Eigentums erstens Geld für den Abbau der Schulden zusammenkäme und zweitens durch die neuen BesitzerInnen ein Investitionsschub ausgelöst würde. Nur: In der Rezession kann nicht verkauft, sondern nur verschärft werden. Griechenland hat zudem eine der kleinsten Quoten öffentlichen Eigentums

in der Eurozone; es gibt also gar nicht viel zu verkaufen. Darüber hinaus sind die bisherigen Erfahrungen mit KäuferInnen nicht die besten: Die Deutsche Telekom etwa, die die griechische Telefongesellschaft OTE günstig erworben hatte, investierte danach keinen Cent zusätzlich.

Steuerpolitik. Erstens muss Geld in die Staatskasse fließen. Dazu braucht es eine gut funktionierende Steuerverwaltung und ein einträgliches und gerechtes Steuersystem – ganz klassisch. Das Programm der Linksallianz (Syriza) enthält sehr genaue Vorstellungen dazu: So sind Kontrollmechanismen einzurichten und die Steuerlast auf die Besitzenden umzuverteilen. Die Steuern für niedrige Einkommen müssen sinken, denn jeden zusätzlichen Euro, den ärmere Leute in der Tasche haben, werden sie auch ausgeben.

Es braucht darüber hinaus auch Maßnahmen zur Motivierung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. So sind etwa die Heerscharen von RegierungsberaterInnen (meist politische Freunde der jeweiligen MinisterInnen und StaatssekretärInnen) abzuschaffen, die in den letzten Jahren den Staatsapparat lahmgelegt haben.

Außerdem müssen die Steuern in Griechenland sofort mit einer Vermögenssteuer ergänzt werden. Dazu braucht es ein Vermögensregister, in dem alle Vermögen erfasst werden. Denn auf der anderen Seite der jetzigen Staatsschuld stehen die großen Vermögen. Sie sind oft durch Steuerflucht, -vermeidung und -erleichterungen zustande gekommen. Eigentlich sind die griechischen Staatsschulden nichts anderes als die Steuern, die die Reichen nicht bezahlt haben.

Schuldenmoratorium. Derzeit erhält Griechenland von seinen europäischen



Partnern und dem Internationalen Währungsfonds ausschließlich Kredite, um Schulden zu bedienen ... Griechenland braucht ein Schuldenmoratorium, damit das Land Atem schöpfen kann, um sein Haus in Ordnung zu bringen, seine Wirtschaft wieder anzukurbeln und auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu kommen. Danach kann über die Bedienung der Staatsschuld diskutiert und verhandelt werden. Denkbar wären Klauseln, nach denen nur dann Schulden zurückgezahlt werden müssen, wenn die Wirtschaft Griechenlands wächst und die Arbeitslosigkeit sinkt. Ähnliche Klauseln hatte man auch 1953 an der Londoner Konferenz über die Rückzahlung der Außenschulden Deutschlands beschlossen. *Zusammengestellt: Matthias Paykowski. Quellen: Die Wochenzeitung WOZ Nr. 24/2012 vom 14.6.2012. Notizen der Rede von Thodoros Paraskevopoulos. Aus Landesinfo Die Linke Baden-Württemberg 4/2012, einsehbar unter www.die-linke-bw.de*

Übergriffe in den Bereich der freien Meinungsbildung und Versagen angesichts rechtsextremistisch motivierter Verbrechen haben dazu geführt, dass in vielen Bundesländern über einen Umbau dieser Dienste diskutiert wird, der sie als geheimdienstliche Organisation aufheben würde. Dr. Hahnzog, SPD, hat in der Stadtverwaltung Münchens die Posten des Kreisverwaltungsreferenten und des 2. Bürgermeisters bekleidet. Im Landtag war er lange Jahre Vorsitzender des Rechtsausschusses. Dr. Hahnzog hat sich an allen bürgerrechtlichen Bewegungen der letzten Jahrzehnte fördernd beteiligt. Er ist noch heute als ehrenamtlicher Richter am Bayerischen Verfassungsgerichtshof aktiv. Wir entnehmen seine Stellungnahme der „Studienreihe“ Nr. 22 vom Dez. 2012 (Inhalt und Internetfundstelle siehe Kasten).

Überlegungen zur dringend erforderlichen Reform des Bayerischen Verfassungsschutzes

Von Dr. Klaus Hahnzog

Seit Langem beschäftige ich mich mit Verfassungsfragen – Fragen des Schutzes und der Weiterentwicklung von Grundrechten, Demokratie und Rechtsstaat – schon bereits 1968 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

In letzter Zeit standen für mich Fragen des Bayerischen Verfassungsschutzes im Vordergrund, u.a. als Referent bei einer Veranstaltung von Ver.di und der Humanistischen Union am 18.1.2012 sowie bei einem Fachgespräch der SPD-Landtagsfraktion „Brauchen wir diesen Verfassungsschutz?“ am 12.3.2012. Beide Veranstaltungen waren von demokratisch Engagierten außerordentlich gut besucht. Anlass war einerseits das Verhalten des Bayerischen Verfassungsschutzes im Zusammenhang mit den fürchterlichen Morden der NSU-Neonazis, von denen allein fünf in Bayern stattfanden. Andererseits wurde Ende 2011 durch Zufall die unglaubliche Tatsache bekannt, dass der Bayerische Verfassungsschutz viele am Erhalt der Grundrechte rechtsstaatlich Interessierte bei der Gruppierung „Rettet die Grundrechte“ von Ver.di bespitzelt hatte. Aus dieser Gruppierung entstand eine Verfassungsbeschwerde von Gewerkschaften, Parteien und NGOs gegen das Bayerische Versammlungsgesetz, die beim Bundesverfassungsgericht schon in wesentlichen Punkten Erfolg hatte. Also rechtsstaatlich eigentlich nicht vorstellbar: der Freistaat Bayern bespitzelt den zukünftigen Prozessgegner vor dem Bundesverfassungsgericht mit geheimdienstlichen Mitteln.

I. 1.) Die Diskussionen legen oft den Schwerpunkt auf das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz. Das ist eine falsche Gewichtung. Das Landesamt ist nach Art. 1 Abs. 3 Satz 1 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes (BayVSG) „eine dem Staatsministerium des Inneren unmittelbar nachgeordnete Behörde“. Das ist aber nicht eine bloße

Ressortzugehörigkeit. Der eigentliche Bayerische Verfassungsschutz ist das Ministerium. An ihm und dem verantwortlichen Minister muss sich die Kritik festmachen. Die wesentliche Ausrichtung und wichtige Einzelmaßnahmen sind schon nach dem Gesetz Aufgabe des Ministeriums, etwa die Vorlage des Verfassungsschutzberichtes an den Landtag, die Unterrichtung des Parlamentarischen Kontrollgremiums oder Beschränkungsmaßnahmen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses. Wenn dann Kritik an einzelnen Maßnahmen oder Unterlassungen laut wird, zieht sich der Minister auf Geheimhaltung oder allenfalls Befassung des Parlamentarischen Kontrollgremiums zurück, dessen Mitglieder ebenfalls zur Geheimhaltung verpflichtet sind.

2.) Die Entwicklung gerade in Bayern hat gezeigt, dass das Innenministerium ungeeignet ist, die Verfassung zu schützen. Das Ministerium setzt bei der Abgrenzung verfassungsrechtlich geschützter Grundrechte gegenüber der Sicherheit einseitig auf Letztere und rühmt sich dabei der Vorreiterrolle für die anderen Bundesländer. Das zeigt sich immer wieder darin, dass mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts der fehlende Grundrechtsschutz wiederhergestellt werden muss. Ich selbst habe dies in letzter Zeit in zwei zentralen, lange Zeit diskutierten Fragen erreicht. Die bayerische Regelung über präventive Telekommunikationsüberwachung durch die Polizei wurde für verfassungswidrig angesehen (Beschluss vom 4.11.2010 – 1 BvR 661/06). Durch einstweilige Anordnung wurden zentrale Beschränkungen des für unsere Demokratie unentbehrlichen Grundrechts der Versammlungsfreiheit kassiert (Beschluss vom 17.2.2009 – 1 BVR 2492A38).

3.) Hinzu kommt eine völlige Ungleichheit bei den Beobachtungen der rechts- und der linksextremistischen Szene im Verfassungsschutzbericht. So führte Innenminister Herrmann im Vorwort zum Bericht 2010 hinsichtlich des Rechtsextremismus lediglich aus, dass bei der angestrebten Fusion von

Die Studienreihe Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik

wird seit 2006 vom Forum Linke Kommunalpolitik München e.V. herausgegeben und durch den Kurt-Eisner-Verein – rls in Bayern gefördert. Alle Ausgaben gibt es auch als PDF: www.flink-m.de/studienreihe.0.html.

Thema der Nr. 22: Der Verfassungsschutz, das bayerische Innenministerium und der Extremismus der Mitte.

Inhalt: „Das Image des Verfassungsschutzes ist unantastbar“. Von Julia Killet S.1 | Nicht mehr ganz Frisch – Der Verfassungsschutz als Fremdkörper in einer offenen Gesellschaft. Von Fritz Burschel S. 5 | Heillos verstrickt: Neonazis und Verfassungsschutz. Von Rolf Gössner S. 9 | Kein Land im Schock. Von Petra Pau S. 12 | Appell gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Was jetzt zu tun ist S. 13 | Appell Bildungsarbeit ohne Geheimdienst! S. 15 | Ein Plädoyer für die Abwahl des Steuergesetzentwurfs 2013. Jugendbildungsnetzwerk bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. S. 16 | Hier steuert der Staatsschutz. rls-Standpunkte 10/12: S. 17 | Überlegungen zur dringend erforderlichen Reform des Bayerischen Verfassungsschutzes. Von Dr. Klaus Hahnzog. S. 18 | Podiumsdiskussion „Der Terror der Neonazis und das Versagen des Staates“. Von Mario Simeunovic S. 20

NPD und DVU abzuwarten bleibe, ob hierdurch ein Auftrieb gewonnen würde.

Hinsichtlich des Linksextremismus wird dagegen auf den historischen Höchststand an Gewalttaten hingewiesen. Im Text wird dann etwa der Partei Die Linke vorgeworfen, dass sie u.a. weitergehend die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln und weitreichende Beschränkungen des Privateigentums fordere und weit über den Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft hinausgehe. Dabei ist Allgemeingut, dass die soziale Marktwirtschaft – die ich auch bejahe – keineswegs die einzige vom Grundgesetz geforderte Wirtschaftsform ist. Hinsichtlich der Vergesellschaftung sollte man von „Verfassungsschützern“ eigentlich erwarten können, dass sie Art. 15 GG und Art. 160 Abs. 2 der Bayerischen Verfassung kennen.

Der gegen Rechtsextremismus offen kämpfende ehemalige KZ-Häftling Ernst Grube musste sich im Bericht 2010 namentlich als Linksextremist diffamieren lassen. Die für den Kampf gegen den Neofaschismus wichtige Institution „Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.)“ wird wie früher auch im Bericht 2011 weiter diskreditiert.

II. 1.) Es wundert daher nicht, wenn verschiedentlich die Abschaffung

des Bayerischen Verfassungsschutzes gefordert wird. Das geht aber weder durch Gesetz des Landtags noch durch Volksentscheid. Die Frage des Verfassungsschutzes gehört zur ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes nach Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 b) GG:

„die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder zum Schutze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz).“

Der Bund hat von seiner Kompetenz in §2 Abs. 2 Gebrauch gemacht:

„Für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund und der Länder untereinander unterhält jedes Land eine Behörde zur Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.“

2.) Das bedeutet aber nicht, dass die bisherige Regelung: Innenministerium plus untergeordnetes Landesamt sakrosankt ist.

Vielmehr ist „die Auswahl und Schaffung sowie Struktur und Verfahren einer Landesverfassungsschutzbehörde Teil des originären Landesrechts (Maunz-Düring, GG-Kommentar, 51. Auflage, 2007, Art. 73, Rdnr. 245)

Hierzu im Folgenden eine Reihe von Vorschlägen.

III. 1.) Staatliche Aufgaben kann der Gesetzgeber neben Behörden auch öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen übertragen. Vorzuziehen für den Bayerischen Verfassungsschutz wäre die Körperschaftsform. Dabei sind auch Mischformen möglich. So sind Hochschulen Körperschaften öffentlichen Rechts wie auch staatliche Einrichtungen (Lindner in Verfassung des Freistaats Bayern, 2009, Art. 138 Rdnr. 14 und 20ff.). Je nachdem variieren auch bloße Rechtsaufsicht und Fachaufsicht (vgl. Lindner a.a.O., Art. 55 Rdnr. 90). Behördeneigenschaft auch mit Fachaufsicht käme hier in Betracht für die zusätzlichen Aufgaben des Verfassungsschutzes Scientology, Spionageabwehr und Organisierte Kriminalität.

2.) Eine unmittelbare Ansiedlung des Verfassungsschutzes beim Bayerischen Landtag wie etwa beim Datenschutzbeauftragten ist wegen der umfangreichen Aufgabenstellung nicht empfehlenswert, außerdem wird im Weiteren eine Stärkung des Parlamentarischen Kontrollgremiums empfohlen. Die Beibehaltung im Ressortbereich des Innenministeriums wäre kontraproduktiv. Hier sollte nach Art. 49 BV eine Übertragung (Bestimmung durch Ministerpräsidenten mit Bestätigung durch den Landtag) an das Bayerische Justizministerium erfolgen. Dieses hat Erfahrungen mit der Unabhängigkeit der Gerichte und der weitgehenden Zurückhaltung gegenüber den Staatsanwaltschaften. Die Ansiedlung beim Innenministerium hat keinen unabänderlichen Bestand

(Lindner a.a.O., Art. 55 Rdnr. 90).

IV. Um Einseitigkeiten bis hin zu Verfassungsverstößen in Zukunft nach Möglichkeit zu vermeiden, sollte eine Reihe struktureller Vorschriften geschaffen werden.

1.) Die Leitung des neuen Amtes sollte einem Präsidenten übertragen werden. Zur Absicherung seiner größeren Selbständigkeit sollte er wie der Datenschutzbeauftragte vom Landtag auf Vorschlag der Staatsregierung gewählt werden (vgl. Art. 33a Abs. 1 BV). Er sollte angesichts der Besonderheit des Amtes (s.o. unter III.) allerdings nicht mit völliger Unabhängigkeit ausgestattet werden.

2.) Der parlamentarische Einfluss und Kontrolle sollte gestärkt werden. Da wo das Parlamentarische Kontrollgremium bisher nur unterrichtet wurde, etwa hinsichtlich der Dienstvorschrift über die nachrichtendienstlichen Mittel (Art. 6 Abs.1 BayVSG) oder der Pflichten der Staatsregierung zur Unterrichtung über Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetz, sollte eine Genehmigung erforderlich werden.

3.) Es sollte nach dem Vorschlag des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsschutzamts Prof. Hans-Jörg Geiger ein Verfassungsschutzbeauftragter samt Personal ähnlich dem Wehrdienstbeauftragten geschaffen werden (vgl. SZ vom 14.2.2012).

4.) Sinnvoll für eine breite Verankerung im bürgerschaftlichen Bereich – wachsame Bürger sind oft der beste Verfassungsschutz! – wäre ein Beirat mit Mitgliedern etwa von „Gegen das Vergessen – für Demokratie“, „amnesty international“, „Bayrisches Bündnis für Toleranz, Demokratie und Menschenwürde“, „Arbeitsgemeinschaft bayerischer Ausländerbeiträge“, „a.i.d.a.“.

V. 1.) Auf V-Leute sollte in Zukunft verzichtet werden. Wenn auf sie im Fall der gravierendsten Bedrohung, nämlich durch eine möglicherweise aggressiv-kämpferische Partei, jetzt im Vorstandsbereich verzichtet werden soll, ist nicht zu erklären, wieso sie auf unterer Ebene und anderen Organisationen unbedingt notwendig sein sollen, zumal sie wie beim NSU auch nichts erbringen. Für die Bespitzelung wie bei Ver.di „Rettet die Grundrechte“ oder durch den selben V-Mann bei einer Veranstaltung des Münchner Ehrenbürgers Prof. Dürr sind sie verfassungsschädlich.

Es war ja auch bisher schon äußerst widersprüchlich: Eine Bespitzelung im Telekommunikationsbereich war nur unter engen Voraussetzungen einschließlich einer Genehmigung der unabhängigen GIO-Kommission zulässig, die Einschleusung eines V-Manns in die gleiche, sich persönlich treffende Gesprächsrunde dagegen nicht.

Im übrigen sind Staatsanwaltschaften und Polizei in letzter Zeit – z.T. übermäßig – auch in Verdachtsfällen mit vielen neuen Ermittlungsmöglichkeiten ausgestattet worden. So ist z.B. der ursprüngliche §100 StPO (Beschlagnahme) um 9 weitere §§ bis 100 I (Imssi-catcher) und §111 StPO (Kontrollstelle) um 15 weitere §§ bis 111 p StPO angewachsen.

2.) Die Auskunftserteilung nach Art. 11 BayVSG muss von Einzelpersonen auch auf Gruppierungen erweitert werden. Sonst ergeben sich weiter unmitteilbare Ergebnisse. Als ich nach den Presseberichten über die Bespitzelung des Arbeitskreises „Rettet die Grundrechte“ nachfragte, was denn Anlass für die Beobachtung war, erhielt ich vom Landesamt folgende Antwort:

„Das BayLfV nimmt aber auch Kontakte seiner Beobachtungsobjekte wahr. Insofern muss derjenige, der sich bewußt in ein Aktionsbündnis mit Organisationen begibt, von denen er weiß bzw. von denen bekannt ist, daß es sich um Beobachtungsobjekte des BayLfV handelt, damit rechnen, daß unter die Beobachtung von Extremisten auch deren Bündnistaktik fällt.“

Damit weiß ich heute nicht mehr als zuvor. Selbst wenn ich die unzählig vielen Gruppierungen, die mit uns die Verfassungsbeschwerde vorbesprochen haben, auffordern würde – was ich natürlich ablehne – einen Auskunftsanspruch zu stellen, würden die nur die Antwort bekommen: Gibt's nicht, da keine Einzelperson.

Es müsste im übrigen vorgeschrieben werden, dass die Auskunft „unverzüglich, spätestens binnen einer Woche“ erteilt wird, ich stand fast zwei Monate nach dem Bericht in der SZ im Regen und wurde auch zum Teil dumm angesprochen.

3.) Als ich hinsichtlich dieser zwei Monate nachfragte, ob vielleicht meine ursprünglich gespeicherten Daten wegen des Wirbels in der Öffentlichkeit und im Landtag gelöscht worden seien, erhielt ich vom Landesamt die Antwort:

„Wann im Einzelfall eingehende Informationen vor Verarbeitung gelöscht worden sind, ist nicht feststellbar. Könnten wir den Inhalt gelöschter Informationen noch nachvollziehen, würde dies dem Zweck der Löschung widersprechen. Die Löschung nicht erforderlicher Informationen erfolgt jedenfalls sehr zeitnah.“

Hier sind klar nachvollziehbare Regelungen wie in anderen Bereichen erforderlich.

VI. Da der bisherige Bayerische Verfassungsschutz den Schutz der Verfassung mehr behindert und unterläuft als fördert, ist eine Reform dringend erforderlich! Die Diskussion darüber sollte neben in der Öffentlichkeit insbesondere auch im Landtag geführt werden, am besten an Hand eines konkreten Gesetzentwurfs. □

Ausstellung:

Münchner Polizei reflektiert ihre Rolle im Nationalsozialismus

Sofern sie bei den Entnazifizierungsverfahren nicht als Hauptschuldige oder Belastete eingestuft worden waren, durften Polizeibeamt_innen nach 1951 ihren Dienst in der Bundesrepublik wieder aufnehmen. Spät wuchs bei der Polizei die Erkenntnis, dass sowohl die Rolle des Polizeiapparates als seiner leitenden Beamten untersucht werden sollte.

Der Weg von der Bildung einer Arbeitsgruppe aus Beschäftigten des Polizeipräsidiums, die sich in ihrer Freizeit mit der Geschichte ihrer Behörde beschäftigten, im Jahr 2008 bis zur Eröffnung der Ausstellung „Die Münchner Polizei und der Nationalsozialismus“ am 9. November 2012 war lang. Diesen engagierten Beamt_innen und ihrer Unterstützung durch das NS-Dokuzentrum seit 2009 verdanken wir eine Ausstellung, die trotz Überschaubarkeit äußerst empfehlenswert ist.

Wechselnde Strategien und Loyalitäten. Die Ausstellung gliedert sich in drei Zeitabschnitte. Der erste beschäftigt sich mit dem Zeitraum von der blutigen Niederschlagung der Räterepublik 1919 bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung 1933. Unter Polizeipräsident Ernst Pöhner werden die Anhänger der Räterepublik über das gesetzliche Maß verfolgt. Pöhner, ein Sympathisant der erstarkenden völkischen Bewegung, sorgt dafür, dass Rechtsterroristen in den Bürgerwehren durch Angehörige der Polizei systematisch geschützt werden. Wer hingegen deren Treiben oder Waffensammlungen anzeigt, wird kurzerhand ermordet. Der als Informant und V-Mann bei der NSDAP eingesetzte Josef Gerum wirbt indes bei der Polizei Mitglieder für die NSDAP. Nach dem Scheitern des Hitler-Ludendorff-Putsches wird mit Polizeipräsident Nortz die Förderung der NSDAP beendet. Es gelingen jedoch auch keine entscheidenden Gegenschläge. Immerhin werden bis ins Jahr 1933 hinein Aufmärsche von SA und SS durch die Polizei verhindert, so etwa auch vor der NS-Parteizentrale, dem Braunen Haus.

Mit der Machtergreifung übernimmt Heinrich Himmler die Leitung in der Ettstraße. Ihm folgen bis 1945 fünf NS-Polizeipräsidenten und der Umbau der Behörde. Aus der Bayerischen Politischen Polizei wird die Gestapo unter Reinhard Heydrich. Die Ausstellung

zeigt anschaulich originale Organigramme, in denen auch die Dienststellen und ihre neuen Zuständigkeiten in der Verfolgung von Juden, Sinti, Roma oder Homosexuellen abgebildet sind.

Kontinuität des Personals. Zu allen Bereichen der Verfolgung durch die Polizei bietet die Ausstellung persönliche Porträts von Opfern und Tätern mit Foto und kurzer Biografie. Daneben Abbildungen von originalen Listen und amtlichen Todesbescheinigungen, etwa vom schwulen Hilfspolizisten, dessen 21 Tage „gelinder Arrest“ nach Verschärfung der Strafe durch Führererlass in Erschießung geändert und vollstreckt wird. Auch dokumentarische Filmaufnahmen aus der NS-Zeit sind in der Ausstellung zu sehen.

Aufschlussreich sind die Auslandseinsätze der Münchner Polizei im NS-Regime. Ob in der Sowjetunion, auf dem Balkan oder in Frankreich, überall morden Münchner Polizeibataillone mit, üben „Vergeltung“ für Partisanenangriffe, indem sie Hunderte zivile Geiseln erschießen, deportieren Juden.

Ein anderer Ausstellungsteil widmet sich Handlungsspielräumen und belegt, dass es durchaus Nischen gab und sogar Fluchthilfe möglich war. Neben solcher mutigen Einzeltat bleibt aber vor allem die Wiederbeschäftigung von NS-Beamten nach 1945 besonders bedrückend. Die zusammengestellt

ten Porträts weisen eine Vielzahl von Verstrickungen in Deportationen, Pogrome und Ermordungen auf. Aber je häufiger die Kurzbiografien mit dem Hinweis abschließen, dass nach 1945 ein Ermittlungsverfahren von der Staatsanwaltschaft eingestellt wurde oder Einstufungen als „Belastete“ in der Revision wieder aufgehoben wurden, desto stärker erheben sich Zweifel, ob sich Polizeibeamte in der Bundesrepublik überhaupt für ihre Verbrechen in dieser Zeit verantworten mussten.

Die großzügig mit Persil Gewaschenen durften später die Ausbildungsleitung der Polizei übernehmen oder noch 1954 in der Kriminalstatistik Aufsätze über „zigeunerische Personen“ veröffentlichen und deren Opferstatus als KZ-Insassen in „Vorbeugehaft“ mit dem Hinweis relativieren, dass dies „auch auf die persönliche und angeborene Unsauberkeit der Betroffenen selbst zurückzuführen ist“ (Hanns Eller). Der Erzreaktionär, Nazi und Kommandeur der Schutzpolizei in Smolensk, Martin Riedmayr, wurde 1954 gar Präsident des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz.

Insgesamt ist die Polizei zu dieser Ausstellung zu beglückwünschen und zu hoffen, dass das begleitende Buch bald erscheinen kann.

Mario Simeunovic



Die „Einholung der Blutfahne“ am 15. März 1933 aus dem Polizeipräsidium in der Ettstraße (bei der „Blutfahne“ handelt es sich um die Hakenkreuzfahne, die 1923 beim Hitlerputsch von der Polizei beschlagnahmt worden war). Quelle: Stadtarchiv München

Inhalt

Aktuelle Meldungen

Arbeitsmarkt schwächelt weiter • Mobile Patriot • Regionale Differenzen • Demonstration gegen SiKo München

Linke und VVN-BdA begrüßen Verbotsantrag gegen die NPD

Abschaffung der Geheimdienste

Vor der Landtagswahl in Niedersachsen

Auslandsnachrichten

Polnisch-deutsches Zentrum der Gewerkschaften eröffnet • Spanische Ärzte gegen Privatisierung • Spanien: Proteste von Iberia-Personal • Gericht ordnet Wiedereinstellung bei Turkish Airlines an • Türkei: E-Mail-Protest gegen Kündigungen • Tunesien: Aufruf zum Generalstreik zurückgezogen • Soziale Kämpfe in Sierra Leone • Katar: Keine Fußball-WM ohne Arbeitnehmerrechte • Ecuador: Weiter Kampf um Arbeitsrechte auf Noboa-Bananenplantagen • Gerechtigkeit für die Opfer des Fabrikbrandes in Bangladesch

Aktionen ... Initiativen

Bürger sind mit Volksabstimmung zu S 21 zufrieden • Friedenspolitisches Programm für 2013 verabschiedet • Offener Brief des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren zur Studiengebührendebatte in Bayern • Strategien der Erwerbslosenbewegung unter bündnispolitischen Gesichtspunkten • Rückzug des Grundrechtekomitees aus dem Unterstützerbündnis von „Adopt a Revolution“

Tag der Menschenrechte in Mannheim

Keine Stromsperrungen für Arme

Kommunale Politik

Die Linke protestiert gegen Rechtsrock in Hannover • Bürgerbeteiligung nur für ausgewählte Bürger? Hamburg. • Seniorenheime Lindenberg und Fasenhof vor Verkauf: Kassel. • Links wirkt: kommunale Betriebsprüfer gegen Gewerbesteuerhinterziehung, Bonn. • SÖS-Linke: Kein Geld für LBBW – Bürgerbegehren abgesagt. Stuttgart. • „Wasserversorgung nicht durch die Hintertür privatisieren – Keine Mehrwertsteuer auf gemeinsame kommunale Leistungen“. Berlin.

Stimmen zur geplanten Schließung von Opel Bochum 2016

-Protest auf dem Stuttgarter Schloßplatz

Europäischen Arbeitzeitrichtlinie: Time out

Thesen zur Kommunikationsstrategie

Freiburg: Zukunft der Stadt

Linke Baden-Württemberg diskutiert über die Eurokrise

Überlegungen zur dringend erforderlichen Reform des Bayerischen Verfassungsschutzes

Münchner Polizei reflektiert ihre Rolle im Nationalsozialismus

Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 23./24. März in Frankfurt am Main

Leider kann die Tagung nicht wie ursprünglich geplant in Mannheim stattfinden, da die Räumlichkeiten noch nicht zur Verfügung stehen. Die Jahrestagung findet stattdessen im Haus der Jugend in Frankfurt am Main statt. Themen:

Am Samstag, den 23. März: **Stadt im Wandel – Gentrifizierung, Stadtentwicklung, wirtschaftliche Entwicklung / Mannheim/Rhein-, Main-, Neckarraum**

Am Sonntag, den 24. März: **Rolle der Türkei in Europa/Mittleren Osten, Vorschläge zur Mittelost-Förderung.** In Zusammenarbeit mit der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung. Anmeldung können ab sofort gemacht werden an:

alfred.kuestler@gnn-verlage.com.

Bitte angeben, ob eine Übernachtung gewünscht wird (es können leider nur ganz wenige Einzel- bzw. Doppelzimmer angeboten werden). Alfred Küstler

Neu bei Rosa Luxemburg Stiftung: Wie eine Gesellschaft ausverkauft wurde: „Strategische Insolvenzen“ und ökonomische Transformation in Serbien

Unter www.rosalux.de, Publikationen, kann von Mladen Peric ein Thesenpapier zur Entwicklung in Serbien heruntergeladen werden. Hier aus der einleitenden Zusammenfassung:

Die Zeit nach dem Zerfall des jugoslawischen Staates war von einer Reihe von Ereignissen und Akteuren gekennzeichnet, denen in den Geisteswissenschaften sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Fast ohne Ausnahmen wurden die neue „Demokratie“ „in einem Paket“ mit der Einführung der Marktwirtschaft, und der Staat vor allem als Nationalstaat, und eben nicht als Sozialstaat interpretiert. Die Deutung der jeweils aktuellen Ereignisse verlief überwiegend im Einklang mit Fukuyamas „Ende der Geschichte“. Die liberale Demokratie und die kapitalistische Ordnung der „freien Welt“ siegten endlich gegen das Projekt des „real existierenden Sozialismus“, und so schien es, auch allgemein gegen die Prinzipien der Linken. Mit der hergestellten Hegemonie verschiedener Transformationstheorien – im postjugoslawischen Raum bekannter unter dem Begriff der Transition – konnten in dieser Region nur noch nationalistische Deutungen der Gesellschaft und des gesellschaftlichen Wandels in Konkurrenz treten. Beide Narrative – das neoliberale wie das nationalistische – hatten das Ziel, die neue / alte politische Elite und die neue gesellschaftliche Ordnung zu legitimieren.

Heute, also zwanzig Jahre später, können wir mit Enttäuschung feststellen, dass sowohl die eine als auch die andere Strategie erfolgreich war: Wie der Nationalismus normalisiert wurde, so wurde auch die neue Wirtschaftsordnung normalisiert. Gleichzeitig besteht jedoch auch ein Unterschied zwischen den Haltungen gegenüber

diesen beiden Phänomenen. Während eine Kritik des Nationalismus seit seinem (erneuten) Aufkommen im Laufe der 1990er Jahre existierte – obgleich auf enge Kreise einer „alternativen“ intellektuellen Elite beschränkt – war die Kapitalismuskritik im postjugoslawischen Raum bis vor wenigen Jahren, sofern sie überhaupt artikuliert wurde, fast unsichtbar. Dabei ist gerade die wirtschaftliche Transformation dieses Teiles Europas ein Prozess, der nicht nur einzelne Aspekte der kapitalistischen Ordnung, und somit auch deren Kritik hervorragend illustriert, sondern auch einen bedeutenden Einfluss auf den Alltag der Menschen in dieser Region hat. Wie es für die Mehrheit der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawiens erniedrigend war, die Inflation, „die spontane Veränderung der Eigentumsformen“ und somit auch den Eigentümerwechsel im Hinblick auf gesellschaftliches Eigentum, ferner die informelle, und dann die formelle Arbeitslosigkeit, die Minderung des allgemeinen Lebensstandards, die „graue Ökonomie“, den „Schwarzmarkt“, die Versorgungsengpässe, die nicht ausgezahlten Gehälter etc. zu erleben, so ist die Tatsache, dass dieser ganze Prozess selten oder gar nicht in Frage gestellt wird, für diese Gesellschaften fast genauso erniedrigend.

Mit dem Ziel eines besseren Verständnisses der Privatisierung und einer kritischen Analyse des Prozesses wirtschaftlicher Transformation im Allgemeinen wird in diesem Beitrag einer der Mechanismen erklärt, mit Hilfe dessen die (post-)jugoslawische Wirtschaft systematisch zerstört wurde, und der verstärkt nach 2000 angewandt wurde – dem Jahr, das übrigens als Umbruch in der postsozialistischen „Durchgangsperiode“ und als Jahr, in dem die „Demokratie siegte“, gilt.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 7. Februar 2013.

Redaktionsschluss: Freitag, 1. Februar.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

7. März, 4. April, 3. Mai, 6. Juni, 4. Juli, 1. August, 12. Sept., 10. Okt., 7. Nov., 5. Dez. 2013,